

Tran Thanh Thuy

## **Thema der Bachelorarbeit**

Zwangsverheiratung in Deutschland  
Ausgewählte Untersuchungen zu allgemeinen  
Problemlagen und zu Hilfen, unter besonderer  
Berücksichtigung junger Männer

**BACHELORARBEIT**

**HOCHSCHULE MITTWEIDA**

---

**UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES**

Fakultät Soziale Arbeit

Roßwein, 2010

Tran Thanh Thuy

**Thema der Bachelorarbeit**

Zwangsverheiratung in Deutschland  
Ausgewählte Untersuchungen zu allgemeinen  
Problemlagen und zu Hilfen, unter besonderer  
Berücksichtigung junger Männer

eingereicht als

**BACHELORARBEIT**

an der

**HOCHSCHULE MITTWEIDA**

---

**UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES**

**Fakultät Soziale Arbeit**

**Roßwein, Januar 2010**

Erstprüfer: Frau Prof. Dr. Funk

Zweitprüfer: Frau Dr. Petuya

## Gliederung

<b>0. Einleitung</b>	<b>4</b>
<b>I. Zwangsheirat</b>	<b>8</b>
I.1. Begriffserklärung	8
I.1.1. Zwangsheirat	8
I.1.1. Arrangierte Heirat	9
I.1.1. Bedeutung des Begriffs „Ehre“	10
I.2. Bedeutung der Ehe	11
I.3. Ursachen der Zwangsverheiratung	13
I.4. Erscheinungsformen von Zwangsverheiratungen	14
I.5. Folgen und Konsequenzen der Zwangsheirat	15
I.6. Geschlechterrollen und Geschlechtererziehung in traditionellen, patriarchalen Familien	17
I.7. Zwangsheirat - kein frauenspezifisches Phänomen	21
<b>II. Unterstützung und Hilfe – rechtliche Rahmenbedingungen</b>	<b>25</b>
II.1. Rechtliche Grundlagen bei Zwangsheirat	25
II.1.1. Aufenthaltsgesetz, eine heikle Problematik der „Zwangheirat“?	28
II.1.2. Trennung, Aufhebung der Ehe, Scheidung und (Rechts-)Folgen	32
II.2. Schwierigkeiten bei der Sicherheit für betroffene Frauen und Männer	35
II.2.2. Schwierigkeiten bei der Hilfestellung	36
II.2.2. Kompetenz und Kooperation zwischen Helfer und Behörden/Institution	40
<b>III. Fazit</b>	<b>43</b>
<b>IV. Quellen</b>	<b>46</b>

## Einleitung

Soziale Arbeit soll u.a. als Menschenrechtsprofession, die sich mit unterschiedlichen „Kulturen“, „Lebenswelten“ beschäftigt, auf ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt reagieren, wenn sie das Ziel anstrebt, dass Menschen mit Migrationshintergrund gleichberechtigt an der deutschen Gesellschaft teilhaben können. Um die gleichberechtigte Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesellschaft, muss soziale Arbeit meiner Meinung nach schon in der frühen Kindheit und bei der Arbeit mit Migrantenfamilien stärker einsetzen

Um mit Menschen arbeiten zu können, die einen Migrationshintergrund besitzen, brauchte man ausreichende Erfahrungen interkulturelle Sensibilität und Kompetenz gegenüber Krisen, Konflikten und Problemslagen(Jugendarbeit an Berliner Hauptschulen; 2. und 3.November 2007; Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM); Interkulturelle Bildung S.20 ff.; Bildungsserver Berlin Brandenburg → [http://www.bebis.de/themen/hauptschule/jugsoz/FT\\_SFBB\\_LISUM\\_nov07\\_doku.pdf](http://www.bebis.de/themen/hauptschule/jugsoz/FT_SFBB_LISUM_nov07_doku.pdf); aufgerufen 11.11.2009, 22:14Uhr). Das bedeutet, eine Erweiterung von Wissen, Handeln und Reflexion in Bezug auf die zusätzliche kulturelle Dimension. Die Grundsätze der sozialen Arbeit und dessen Professionalität bestehen aus Demokratie, Weltoffenheit und Akzeptanz. Die Professionalität der sozialen Arbeit fördert somit die Anerkennung der Gleichwertigkeit unterschiedlicher Normen und Werte.

Zwangsheiraten sind kein fremdes Phänomen. In früheren Jahrhunderten kam Zwangsheirat auch in den westeuropäischen Gesellschaften vor. Die arrangierten Ehen waren in bäuerlichen und auch in gehobenen bürgerlichen Kreisen bis ins frühe 20.Jahrhundert üblich. Auch im europäischen Adel wurden Ehen arrangiert, die teilweise auch gegen den persönlichen Willen der Betroffenen unter Zwang geschlossen(vgl.

Zwangsheirat; [www.zwangsheirat.ch](http://www.zwangsheirat.ch); aufgerufen 16. Oktober 2009; 23.14Uhr).

Ich stamme auch aus einem Kulturraum, in dem traditionell arrangierte Ehen, aber auch Zwangssehen bis heute stattfinden. Die Bedeutung dieser Tradition ist mir daher bewusst und bekannt. Als Studentin des Fachbereiches der Sozialarbeit, die einen Migrationshintergrund hat, ist mein Interesse dadurch verstärkt an dieser Thematik „Zwangsheirat“, insbesondere Zwangsheirat in Deutschland zu arbeiten. Außerdem liegt mein künftig beruflicher Wunsch in der Sozialarbeit, bei der Arbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund tätig zu sein. Ich möchte mit der Auseinandersetzung dieser Thematik meine Professionalität als zukünftige Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin intensivieren. Um mein fachliches Wissen über Zwangsverheiratung in Deutschland zu erweitern, war ich während meines Praxissemesters auf einer Tagung in Bezirksamt Friedrichshain – Kreuzberg Berlin, da an dem Tag das Phänomen Zwangsheirat behandelt wurde. Diese Thematik hat seit der Tagung einen besonderen Wert für mein Studium, da ich sehr viele kritische Anregungen erhalten habe, die ich gerne in meiner Bachelorarbeit vertiefen möchte. Ich hoffe, somit für mich geeignete Antworten zu finden und ich möchte ein neues Bild über diese Thematik eröffnen.

In meiner Arbeit möchte ich eine Antwort auf folgende Fragen geben:

(1) Die erste Frage: sind auch Männer von einer Zwangsheirat betroffen? Diese Frage kann ich gleich bejahen und es wird im Rahmen meiner Arbeit diese Themenstellung vertieft. (2) Eine weitere Frage ist warum die männlichen Betroffenen fast in den Hintergrund gedrängt werden beziehungsweise warum sie kaum in den öffentlichen Diskussionen vorkommen? Es gibt zahlreiche Hilfeangebote für Mädchen und Frauen wie Papatya e.V. – Kriseneinrichtung für junge Migrantinnen; Frauenprojekt Mariposa; Mädchennotdienst Wildwasser e.V.; Türkischer Frauenverein e.V.; Zuff e.V. – Frauenzufluchtswohnungen und Frauenhäuser. Aber von „Männerhäuser“ hört man noch nie, auch spezifische Notunterkunftseinrichtungen für betroffene junge Männer sind selten. Die

Tatsache lässt sich u.a. erklären, dadurch dass das Phänomen Zwangsheirat bisher von verschiedenen Interessengruppen diskutiert wurde. Die Diskussion der häuslichen Gewalt in Geschlechterverhältnis beruht sehr stark auf die Frauenbewegung in der 70er Jahren: "Das Thema Gewalt gegen Frauen öffentlich und zum Gegenstand politischer Planung und sozialer Intervention machte." (Barbara Kavenmann, 2002, S.13, Dokumentation). Die Gruppe der Migrantinnen besteht aus (Biografie-)Autorinnen (z.B.: Cileli, S.: Serap - "Wir sind Eure Töchter nicht Eure Ehre", Michelstadt 2002; Kelek, N. Die fremde Braut. Ein Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland, Köln 2005; Ates, S.: Große Reise ins Feuer, Berlin 2003) und Sozialwissenschaftlerinnen hat neue Impulse in öffentlichen Diskurs gebracht. Die Frauen stammen selber aus einem der Kulturkreise, in dem das Phänomen Zwangsheirat brisant und aktuell existiert. Diese Gruppe hat in der Öffentlichkeit für ihre Rechte (Frauenrechte), gegen Frauendiskriminierung- und Unterdrückung gekämpft. Somit äußerten sie vorwiegend aus ihrer Sicht beziehungsweise über ihre Situationen, wie sie die Problematik sehen. Ein weiterer Grund könnte sein, dass sich die Männer aufgrund männlicher Ehre und Souveränitätsvorstellungen kaum und viel weniger zu ihren negativen Erfahrungen äußern, weil Gefühle zeigen gleichzeitig als Schwäche zeigen gilt und dadurch wird auch das Bild der Männlichkeit in Augen der bestimmten Kulturkreise zerstört (vgl. Toprak 2004). Es gibt kaum Werke über männliche Betroffene, die einen Migrationshintergrund haben. Mit der Studie von Toprak Ahmet „Das Schwache Geschlecht – die türkische Männer“ möchte ich die Situationen der Männer darstellen.

Wir leben in einer medialen Gesellschaft, in der fast alles durch Medien und Technik möglich sein könnte. (3) Die Frage, die ich mir selber stelle, geht um die „absolute“ Sicherheit für die Betroffenen, wenn sie die Hilfe oder auch Unterstützung von Institutionen annehmen. Man hört oft in den Medien, dass die Auffindung der eigenen Adresse, den Aufenthaltsort durch die Autoversicherungen oder auch Krankenkassen sehr einfach funktionieren könnte. Also sind Frauenhäuser sicher? Gibt es sichere Orte für männliche Betroffene? Die einzige Möglichkeit, den Betroffenen die „absolute“ Sicherheit geben zu können, ist einen Identitätswechsel. Soweit

ich recherchiert habe, ist ein Identitätswechsel (mit Namenwechsel) in den meisten Fällen nur für deutsche Staatsangehörige und für eingebürgerte Personen möglich.

Der Betroffene erhält seine eigenständige Aufenthaltserlaubnis erst nach zwei Jahren tatsächlichem (Ehe-)Zusammenlebens, meiner Meinung nach gelten diese zwei Jahre als Vergewaltigung in der Ehe für die weiblichen Betroffenen. Die betroffenen Männer erhalten wie die betroffenen Frauen erst nach zwei Ehejahren ihre eigenständige Aufenthaltserlaubnis. In den zwei Ehejahren müssen sie sich vor einer Abschiebung in ihr Herkunftsland fürchten und müssen daher ihren männlichen Verpflichtungen, die die seine Familie und die Communities von ihm erwarten, nachkommen. (4) Meine letzte Frage ist: spitzt sich die Problematik „Zwangsheirat“ aufgrund der aktuellen rechtlichen Situationen zu und gelingen die Hilfsmaßnahmen deswegen nur wenig effektiv? Die gesetzlichen Grundlagen erschweren in vielen Fällen einer Zwangsheirat die Hilfe und den Schutz für männliche und auch für weibliche Betroffene. Ich werde diesen Punkt anhand der rechtlichen Rahmenbedingungen erörtern. Meine These ist, die Angst vor Aufenthaltsverlust und die Ungewissheit der Betroffenen über ihre Rechte. Mangelnde Sprachkenntnisse, eingeschränkte soziale Kontakte, mangelndes Verständnis der Gesellschaft für die Situationen der männlichen jungen Betroffenen, insbesondere die meist nichtgelungene Kooperation mit der Ausländerbehörde bringen die Intervention und die Prävention der Hilfe bei einer Zwangsheirat nicht weiter.

Die meist bestehenden empirischen Studien beziehen sich vor allem auf die Gruppen der Menschen mit Migrationshintergrund aus der Türkei und da es kaum Literatur für andere Betroffene mit Migrationshintergrund über diese Thematik gibt, beziehe ich mich fast ausschließlich auf die Gruppe. Die Ergebnisse der Studien lassen sich aber auf weitere Communities wie u.a. auf Gruppen Asien; Afrika; Indien usw. übertragen (Zwangsheirat in Deutschland; 2007; S. 5, Z. 16-23). Es soll betont werden, dass diese Problematik „Zwangsheirat“ in den ländlichen Gebieten stärker zu finden ist, als in der Großstadt. Außerdem spielt hier der Bildungsgrad der Familien eine bedeutende Rolle. Zwangsheirat hat viel mit sozialer Schicht zu tun. So

dass, eine Generalisierung auf die gesamten Migrantengruppen vermieden werden sollte.

## **I. Zwangsheirat**

### **I.1. Begriffserklärung**

Seit Februar 2005 ist das Thema Zwangsheirat nach § 240 Absatz 4 Satz 4 Satz 2 Nr. 1 StGB als ein besonders schwerer Fall von Nötigung zu bestrafen (vgl. Berliner Arbeitskreis gegen Zwangsverheiratung). Laut Artikel 16 Nr. 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschen von 1948: „Die Ehe darf nur aufgrund der freien und vollen Willenseinigung der zukünftigen Ehegatten geschlossen werden.“ Also eine Zwangsheirat ist eine Form von häuslicher und sexueller Gewalt, die nicht nur einen massiven Verstoß gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, sondern auch gegen zahlreiche weitere Konventionen und Gesetze darstellt. Damit ist dies Thema auch ein menschenrechtliches Thema. Um diese komplexe Thematik näher betrachten zu können, sollen bestimmte Begriffe klar erörtert werden.

#### **I.1.1. Zwangsheirat**

Eine Zwangsheirat liegt vor, wenn die Ehe gegen den Willen wenigstens einer der Beteiligten geschlossen wird, also wenn einer der Ehepartner mit der Verheiratung nicht einverstanden ist, seine Zustimmung nicht gegeben hat, oder sich genötigt fühlt. Auch wenn wirtschaftliche Interessen oder familiärer Druck bei den Ehe - Verhandlungen eine Rolle spielen (vgl. Berliner Arbeitskreis gegen Zwangsverheiratung und Definition einer Zwangsheirat nach Menschenrechte für die Frau e. V. → [http://www.ehrverbrechen.de/1/index.php?option=com\\_content&view=article&id=149&Itemid=112/](http://www.ehrverbrechen.de/1/index.php?option=com_content&view=article&id=149&Itemid=112/) ; aufgerufen 15. Oktober 2009; 13.27 Uhr). Bei einer Zwangsheirat können sich die Betroffenen kaum wehren, weil sie von den Eltern oder zukünftigen Schwiegereltern, den Verwandten unter großen psychischen Druck zur Heirat gedrängt werden. Dieser soziale Druck kann sich in Form von Drohungen, emotionaler Erpressung äußern, in



Extremfällen werden körperliche oder sexueller Gewalt, Entführung und Einsperren ausgeübt. (Siehe Anhang I: Heirat als familiärer Konflikt nach Olaf Lobermeier und Rainer Strobl, 2007 „Zwangsheirat in Deutschland“)

### **I.1.2. arrangierte Heirat**

Necla Kelek argumentiert: „Zwischen einer arrangierten Ehe und einer Zwangsehe gibt es für [sie] keinen wesentlichen Unterschied, das Ergebnis ist dasselbe. Wenn das Mädchen oder der Junge die Möglichkeiten haben, den von den Eltern ausgesuchten Partner abzulehnen, spricht man von einer arrangierten Ehe. Wenn die Ablehnung nicht akzeptiert wird oder die Partner ungefragt oder gegen ihren Willen verheiratet werden, handelt es sich um eine Zwangsehe“ (Kelek, (2005), S.221f). Hier wird die arrangierte Ehe als „Tatbestand“ bezeichnet, der jungen Menschen das Recht auf persönliche Freiheit bei der Partnerwahl abspricht. Also der Übergang zwischen einer arrangierten Ehe und einer Zwangsehe ist fließend und der Unterschied ist essenziell.

Aber eine Gleichsetzung beider Partnerwahl-Möglichkeiten finde ich inakzeptabel, weil nicht jede arrangierte Eheschließung einer Zwangsheirat entspricht. Ich halte es für wichtig und erforderlich, dass man diese zwei Varianten der Eheschließung voneinander unterscheiden sollte. Also eine Eheschließung, bei der die Eltern, Verwandten oder auch Heiratsvermittler den Ehegatten oder die Ehegattin auswählen. Braut und Bräutigam haben aber das letzte Wort, sie können zustimmen oder ablehnen. Also eine arrangierte Ehe beruht auf der freiwilligen Zustimmung beider Ehegatten und hier haben die Brautleute die Möglichkeit „Nein“ zu sagen (vgl. Gaby Straßburger 2003). Auch Frau Rahel Volz vertritt diese Ansicht im Name von Terre des Femmes (Internetseite von Terre des Femmes e.V. → <http://www.frauenrechte.de/tdf/index.php>; aufgerufen 21.Oktober 2009; 20.35Uhr) über eine arrangierte Ehe: „Eine arrangierte Ehe beruht auf der freiwilligen Zustimmung beider Ehegatten“. Die Wissenschaftlerin Straßburger stellte in diesem Zusammenhang fünf Stufen einer arrangierten Heirat dar. Typisch für arrangierte Ehen sind: (1)die kollektive Partnersuche, (2)die familiäre Vorstellungsbesuche, (3)die kollektive

Entscheidungsfindung, (4) die kollektiven Heiratsverhandlungen und (5) die Feier und das Zusammenziehen (Straßburger (2003a), S.216, Siehe Anhang II, Straßburger 2003: Idealtypischer Phasenablauf einer arrangierten Ehe). Es gibt aber meiner Meinung nach keine allgemeine gültige Definition von arrangierten Ehen, da die arrangierte Eheschließung weitaus flexibler gehandhabt wird. Man muss jeweils im Detail fragen, wie und unter welchen Umständen eine Ehe arrangiert wurde und wie stark welche Beteiligten während der einzelnen oben aufgezählten Phasen beteiligt waren.

### **I.1.3. Bedeutung des Begriffs „Ehre“**

Hier beziehe ich mich auf den Menschen aus der Türkei, weil sie die größte Gruppe der Migranten und Ausländer in Deutschland bilden und daher die meisten Studien sich auf diese Gruppe beziehen. Die Ergebnisse dieser Studien gelten aber nicht ausschließlich für diesen Kulturkreis, sondern auch für andere Gesellschaften mit patriarchalischen Strukturen. Um die besondere Brutalität des traditionellen Ehrbegriffs nachvollziehen zu können, ist es notwendig, die „Ehre“ in traditionellen Kontexten annähernd zu erörtern. „Man kann sie nur haben, sie kann auch nicht erworben, sondern nur verloren werden“ (Reiner Strobl und Olaf Lobermeier, 2007, S. 40;). Die Ehre eines Mannes in traditionellen, patriarchalen Strukturen gilt als zerstört, wenn er Schwäche zeigt und seine Familie vor Gefahren nicht schützen kann. Wenn man von der Ehre einer Frau spricht, spricht man von ihrer sexuellen Reinheit und ihrer ehelichen Treue. Was hat die Ehre mit einer Zwangsverheiratung zu tun? Aus Sorge um den Verlust der Familienehre erscheint eine aufgezwungene Eheschließung oft als einzige Möglichkeit, um die Bedrohung der Ehre zu verhindern und damit auch um die Töchter zu disziplinieren (Toprak, 2004, S. 152 ff.).

Das Konzept der Ehre nach der Studie von Toprak beinhaltet drei voneinander untrennbare Werte. Diese untrennbaren Werte sind das Ansehen, Ehre und Respekt/Achtung. Welche Bedeutung diese Werte haben, werde ich Begriffsweise anhand des Buches von Toprak erläutern. (1) Das Ansehen für Männer als auch für Frauen hat eine gleiche Bedeutung. Dies Ansehen muss durch gute Taten erworben werden. Die Ehre regelt

nicht nur die Beziehung nach innen und außen, sondern sie bestimmt auch das Verhältnis zwischen Mann und Frau. (2) Die Ehre, dass so genannte „namus“ hat für Mann und Frau unterschiedliche Bedeutung. Für die Frau bedeutet es, dass sie bis zur Ehe ihre Jungfräulichkeit bewahrt und während der Ehe treu bleibt. Ich möchte hier aber auch betonen, dass die Bewahrung der Jungfräulichkeit bis zur Eheschließung bis in den 20iger Jahren auch bei den weiblichen europäischen Katholiken noch üblich war. Also ist dieser Wert der so genannten „Ehre“ der Frau kein neues Phänomen. Die Ehre des Mannes umfasst eine Kontrolle der Sexualität seiner Frauen (Ehefrauen, Töchter, Schwester), also hängt seine Ehre in erster Linie vom Verhalten seiner Frauen ab. (3) Ein weiterer wichtiger Begriff für die Ehre ist Achtung und Respekt vor älteren Menschen (Verwandten, ältere Geschwister, Eltern). Die Familienangehörigen dürfen nicht nur mit dem Vornamen angesprochen werden, sondern mit Onkel, Tante oder großer Bruder/ große Schwester. Diese Anreden gelten auch für ältere, fremde Personen (Toprak, 2004; S. 152 – 154).

## **I.2. Bedeutung der Ehe**

Bevor wir uns mit der Eheschließung der Menschen mit Migrationshintergrund aus der Türkei auseinander setzen, soll zunächst die Bedeutung der Ehe in der türkischen Gesellschaft aufgezeigt werden. Die Institution der Ehe ist nach Artikel 41 Absatz der türkischen Verfassung von 1982, geändert 3. Oktober 2001 zu Artikel 41 Absatz 1, die Grundlage der türkischen Gesellschaft und beruht auf die Gleichheit von Mann und Frau (übersetzt von <http://www.verfassungen.eu/tr/tuerkei82.htm>; aufgerufen 25. Oktober 2009, 23.12Uhr). Diese Grundlage ist aber auch für andere Gesellschaften nicht unüblich.

Die Bedeutung der Ehe ist örtlich unterschiedlich. Die Ehe wird auf dem Land beziehungsweise bei bäuerlichen Familien in der Regel durch ein elterliches Arrangement geschlossen, da es bei einer Heirat nicht nur um die eheliche Beziehungen, sondern auch um die Verbindung zwischen zwei Familien geht. Hier hat die Eheschließung zwei große Bedeutungen, einerseits ist die Heirat mit wirtschaftlichen Transaktionen verbunden.

Andererseits wird die Heirat mit Verwandten auf dem Land gefördert, weil erstens die Frau als ökonomisch wertvolle Arbeitskraft nur den Haushalt der Verwandten stärken soll. Zweitens mit der Heirat soll die familiäre verwandtschaftliche Beziehung gefestigt werden (vgl. Toprak, 2004). Die jungen Frauen werden in den Familien als Last empfunden, weil sie bis zur Heirat ihre Jungfräulichkeit bewahren müssen. So wird für die jungen Frauen auf dem Land früher eine Heirat arrangiert als in den städtischen Gebieten. Damit geben die Eltern die Verantwortung für ihre Töchter an den Schwiegersohn weiter. Es wird angenommen, dass nur die Männer von dieser Heirat profitieren.

Auch in den städtischen Gebieten, in denen das Schul- und Ausbildungsniveau niedrig und die Arbeitslosigkeit weit verbreitet sind, erwarten die Eltern durch eine Heirat von ihren Kindern finanzielle Unterstützung. Diese Vorgehensweise, findet sich nicht nur in den Herkunftsländer, sondern auch in Deutschland wieder (Siehe Anhang III: Die berufliche Situation der Eltern aus der Untersuchung von Papatya e.V. (1986 -2006)).

In der Mittel- und Oberschicht der türkischen Bevölkerung finden selten arrangierte Eheschließungen durch die Eltern statt und das Heiratsalter ist höher als auf dem Land, weil die Kinder in der Regel studieren. Die westliche Einstellung von Ehen gewinnt bei dieser gesellschaftlichen Schicht mehr an Bedeutung, wie zum Beispiel Heirat durch romantische Liebe und auch längere Freundschaften vor der Eheschließung sind selbstverständlich (Kongar, 1996, 226f zitiert von Toprak 2006 S. 75).

Die Ehe ist allgemein nach islamisch-osmanischem Recht ein Vertrag, der u.a. den Geschlechtsverkehr legal regelt. Um diesen Vertrag gültig zu besiegeln, ist eine feierliche Abmachungsversammlung erforderlich, an der die beiden Partner oder ihre Vertreter und zwei Trauzeugen teilnehmen müssen. Grundsätzlich müssen die Heiratspartner bei der Trauung nicht persönlich anwesend sein, sie sollen nur mündlich mitteilen dass sie heiraten wollen. Die Imam-Ehen sind ohne amtliche Trauung nicht rechtskräftig und die aus dieser Ehe auf die Welt gekommenen Kinder gelten als nicht-ehelich (vgl. Artikel 112, 241ff. ZGB). Aber bei der türkischen Bevölkerung wie auch in anderen Länder, insbesondere auf dem Lande,

bleiben die Menschen der Tradition treu und toleriert diese religiösen Eheschließungen. Durch diese nicht amtliche Trauung können die Männer mehrere Frauen heiraten und können sich damit auch ohne große Formalitäten trennen.

### **1.3. Ursachen – der Zwangsverheiratung**

Ohne eine vertiefte gründliche Auseinandersetzung mit den Absichten einer Zwangsheirat kann man keine Gesamtanalyse über die Ursachen der Zwangsheirat erstellen. Deswegen sollte man sich erst mit der Frage beschäftigen, warum werden Mädchen und Jungen zwangsverheiratet. (1) Ein Motiv der Zwangsheirat ist das Festhalten an kulturelle und religiöse Traditionen. Im öffentlichen Diskurs wird Zwangsheirat oft als fataler Auswuchs der arrangierten Ehen aufgefasst. Die Ehe wird durch Zwang geschlossen, wenn die Heirat nicht durchgesetzt werden kann (Siehe Seite 9). Dadurch werden die patriarchalischen, autoritären Einstellungen innerhalb der Familien deutlich. Viele Migrantenfamilien führen diese Tradition fort, obwohl sich die gesellschaftlichen Verhältnisse gewandelt haben. Die Söhne aber auch Töchter werden an Verwandten oft schon im Kindesalter versprochen. Mit dieser Verheiratung erhoffen viele Eltern eine bessere gesellschaftliche oder auch wirtschaftliche Lage. Diese Art von Zwangsehen kommt in den Migrantenfamilien vor, die versuchen, durch die erzwungene Heirat zweier Personen mit gleicher Herkunft in einem fremden Land die eigene Kultur und Identität zu sichern. (2) Ein weiteres Motiv für eine Zwangsheirat sind die ökonomischen Gründe. Die schlechte finanzielle Lage und die Arbeitslosigkeit können entscheidende Gründe für eine Zwangsheirat sein. Darunter sollen nicht nur Brautpreise oder Mitgift verstanden werden, sondern auch bessere Wohnverhältnisse, wodurch ihr Ansehen im sozialen Umfeld steigt. Während bei den Töchtern durch eine Heirat auf eine verbesserte finanzielle Situation und ein sozialer Aufstieg erhofft wird, wird dagegen bei den Söhnen Verantwortung für seine neue eigene Familie erwartet. (3) Zwangsheirat als Disziplinierungsmaßnahme für beide Geschlechter. Die Jungfräulichkeit der jungen Frauen wird oft als sehr ehrenhaft gesehen. Wenn Eltern befürchten, dass Ihnen die Töchter

entgleiten, werden sie durch eine Verheiratung den Status der Töchter sichern und geben die Verantwortung an die Ehemännern ab. Eine Zwangsverheiratung kann auch als Reaktion auf ein drohendes Abgleiten junger Männer in Kriminalität und Gewalt eingesetzt werden. (4) Zwangsheirat gilt auch als soziale und sexuelle Kontrolle für lesbische Töchter und schwule Söhne. Viele Eltern erhoffen durch eine Zwangsverheiratung, dass sie ihre Kinder somit zur Heterosexualität umerziehen können. (5) Zwangsheirat als Migrationmöglichkeit, auch so genannte „erzwungene Aufenthaltsehe“. Der Grund für diese Zwangsheirat ist das Erlangen einer Aufenthaltserlaubnis für den/der ausländischen Ehepartner/In im Immigrationsland. Die Eheschließung erfolgt meist im Herkunftsland. Es betrifft Frauen sowohl als auch Männer. (Zwangsverheiratung in Deutschland; 2007, S. 17 -19 und vgl. Broschüre Berliner AG gegen Zwangsheirat). Hier wird ersichtlich, dass sowohl Frauen als auch Männer von Zwangsheirat betroffen sein können.

#### **I.4 Erscheinungsformen von Zwangsverheiratungen**

Um genauer betrachten zu können, in welcher Art und Weise die Betroffenen zu einer Eheschließung zwangsverheiratet werden, sollen wir erstmal verschiedene Erscheinungsformen einer Zwangsheirat analysieren. (1) Es kann sich um eine Form von „Import“ von potentiellen Ehepartnern aus dem Herkunftsland handeln. Hier organisieren die Familien des in Deutschland lebenden Ehegatten, einen Ehepartner aus dem Herkunftsland nach Deutschland, um dann die Ehe zu schließen. Die nach Deutschland kommenden Ehepartner sind meist weder mit der deutschen Sprache noch mit der deutschen Kultur und Lebensstil vertraut. Bei dieser Form der Zwangsverheiratung verhandeln die beide Familien über den Brautpreis sowie die anfallenden Kosten und Formalitäten der Hochzeit. Häufig werden die Beteiligten zwangsverheiratet, ohne sich vorher kennen gelernt zu haben. (2) Eine weitere Form der Eheschließung ist die Erlangung einer Aufenthaltserlaubnis in Deutschland. Bei diesem Fall lebt einer der beiden Ehegatten seit längerer Zeit in Deutschland und verfügt über einen gesicherten, unbefristeten Aufenthaltsstatus. Durch diese Eheschließung

kann der andere Ehepartner im Rahmen des Familiennachzuges nach Deutschland einreisen und erhält damit einen gesicherten Aufenthaltsstatus. Auch in dieser Form der Zwangsheirat wird die Ehe von Seiten der Familien der potentiellen Ehegatten arrangiert und das Heiratspaar lernt sich häufig erst zum tatsächlichen Anlass der Hochzeit kennen. **(3)** Die dritte Form ist die Ferien-Verheiratung, auch so genannte „Urlaubsehen“. Hier werden die in Deutschland lebenden Migranten/Innen, die die Ferien im Herkunftsland verbringen, dort dann ungefragt und binnen kürzester Zeit, noch vor dem Ferienende, verheiratet. **(4)** Die Iman-Ehe ist auch eine Form der Eheschließung. Die Ehe wird von einem Iman geschlossen, bei dieser Heirat müssen die Eheleute nicht unbedingt anwesend sein. Es genügt, wenn Zeugen die freiwillige Eheschließung der Ehegatten vor dem Iman beglaubigen. Diese Ehe hat in Deutschland keine rechtliche Bedeutung. Für streng gläubige Familien hat die Iman-Ehe zum Teil einen höheren Stellenwert als die der standesamtlichen Trauung (vgl. AG Schulaktionen gegen Gewalt des Berliner AK, 2008).

### **I.5. Psychosoziale Folgen und Konsequenzen der Zwangsheirat**

Untersuchungen belegen dass, Depressionen, Selbstverletzungen, Suizide und chronische psychosomatische Belastungserkrankungen die Folgen vor allem für Frauen, aber auch für beide Geschlechter von Zwangsheirat sind (Internetseite von Mädchenhaus Bielefeld e.V. → [http://www.zwangsheirat-nrw.de/pages/fach\\_dt.html](http://www.zwangsheirat-nrw.de/pages/fach_dt.html); aufgerufen 25.12.2009; 01.29Uhr). Die Betroffenen einer Zwangsverheiratung wissen oft nichts von einer anstehenden Hochzeit. Beispielsweise fahren sie mit Familienangehörigen in die Sommerferien in ihr Heimatland. Dort wird ihnen ihr Pass und ihr Geld abgenommen und sie werden dann zwangsverheiratet (Hatun und Can e.V.: [http://www.hatunundcan-ev.com/index.php?option=com\\_content&task=view&id=42&Itemid=2](http://www.hatunundcan-ev.com/index.php?option=com_content&task=view&id=42&Itemid=2); aufgerufen 25.12.09; 01.36Uhr). Wenn die Betroffenen diese Heirat verweigern, werden sie starken Repressionen ihrer eigenen Familie ausgesetzt. Dies äußert sich in Beschimpfungen, Drohungen bis zur Gewalt und letztlich zum sogenannten Ehrenmord (Siehe Anhang I Heirat als

familiärer Konflikt nach Olaf Lobermeier und Rainer Strobl, 2007  
 „Zwangsheirat in Deutschland)

Der Ehemann kann von seiner Frau verlangen, ihm sexuell zur Verfügung zu stehen. So werden die Frauen von dem aufgezwungenen Ehemann sexuell genötigt. Die weiblichen Betroffenen haben dadurch ständige Angst vor sexueller Gewalt und ungewollten Schwangerschaften. Die Folgen einer Zwangsheirat sind drastisch. Die Zwangsheirat bringt die Betroffenen in eine absolute finanzielle aber auch soziale Abhängigkeit der Ehepartner/Ehepartnerin, da sie nur ein eingeschränktes soziales Umfeld haben (Familien, Verwandten der Ehemänner/Ehefrauen). Wenn die (deutsch-)sprachlichen Kenntnisse noch fehlen, haben die Betroffenen kaum eine Chance ihr soziales Umfeld aufzubauen. Psychische und / oder physische Gewalt gehören zur Tagesordnung der Betroffenen. Ihr Lebensstil (Kleidung, selbst ausgewähltes Sozialumfeld) und Ausbildungs- und Berufsauswahl werden eingeschränkt, damit erfolgt die ständige Überwachung der Betroffenen durch die Familien/Verwandten. Nach der Hochzeit wird erwartet, dass die Mädchen oder Frauen dem Ehepartner und eventuell auch seiner Familie gehorchen. Falls sie als Ehefrau ihren Pflichten nicht nachkommt, kann dies bis zu physischen und psychischen Misshandlungen kommen. Also, sind die Ausbeutung der Frauen bei der Haushaltsarbeit und die Demütigungen beim Fehlverhalten nicht selten. In vielen Fällen führt Verzweiflung, Unterwerfung, Demütigungen, nicht selten zu Selbstmord oder zu Selbstmordversuche. Eine Flucht ist in den meisten Fällen gleichbedeutend mit einem Verlust des gesamten familiären und sozialen Umfelds. Laut islamischem Ehre-Konzept wird diese Flucht als Ausstoßung angesehen und die Ehre der Familie wurde dadurch beschmutzt. Es könnte auch zu Mord durch Familienmitglieder kommen, wenn sich die Betroffenen die so genannte "Ehre" verletzen, weil sie aus oder vor einer Zwangsheirat flüchten(vgl. [http://www.zwangsheirat-nrw.de/pages/fach\\_dt.html](http://www.zwangsheirat-nrw.de/pages/fach_dt.html); aufgerufen 12.12.09; 13.45 Uhr; Mädchenhaus Bielefeld e.V.). Mit einer erzwungenen früheren Heirat müssen die Mädchen häufig die Schule oder Berufsausbildung abbrechen und geraten dadurch in einen Kreislauf von Bildungsmangel und Abhängigkeit.



Welche Konsequenzen hat es für Männer, die zwangsverheiratet werden? Über die Konsequenzen für die männliche Betroffene liegen keine Studien vor. Es wird ausschließlich davon gesprochen, dass „Die wenigen zwangsverheirateten Männer gehen aus, treffen sich mit ihren Freunden und haben in der Regel eine Geliebte. Die Mädchen sind ausgeliefert. Der, meist deutlich ältere, Mann sperrt sein „Eigentum“ ein und zwingt die Frau immer wieder zum Geschlechtsverkehr. Die Ehe beginnt oft mit einer Vergewaltigung in der Hochzeitsnacht. Ein normales Sexualleben ist kaum denkbar“ (Fachkonferenz, 2005, Dokumentation „Zwangsheirat – Häusliche Gewalt – Ehrenmordes: <http://www.hannover.de/data/download/z/dokuzwangsheirat.pdf>; aufgerufen 25.12.09, 02.14Uhr). Es wurde meist behauptet dass der Ehemann von einer Heirat mehr profitieren würde und deswegen nicht als „Opfer“ dargestellt wird. Es könnte sein, dass der Ehemann sich sexuell bzw. körperliche Zärtlichkeit nicht zu der zwangsheirateten Ehefrau hingezogen fühlt. Außerdem wie bereits oben beschrieben, werden auch junge homosexuelle Männer als Disziplinierung zwangsverheiratet. Bei diesen Fällen glaube ich kaum, dass diese Männer von der Zwangsheirat profitieren.

### **I.6. Geschlechterrollen und Geschlechtererziehung in traditionellen, patriarchalen Familien**

In ihrem Beitrag „Geschlechterstereotype und Migration“ nimmt Manuela Westphal Bezug auf die Geschlechterrollen. Sie wendet sich gegen die stark vereinfachende Auffassung, traditionelle Geschlechterfragen in Migrantenfamilien „als bedrohliche Rückzugs- und Desintegrationstendenzen“ (Zwangsheiratung in Deutschland; 2007; Manuela Westphal, S. 131). Ahmet Toprak berichtet über Geschlechterrollen und traditionelle Geschlechtererziehung in bildungsfernen türkischen Familien. Er betont besonders stark die familiären Disziplinierungsmaßnahmen, mit denen junge türkische Männer zu arrangierten Ehen mit Frauen aus der Türkei gezwungen werden. Toprak beschreibt in diesem Zusammenhang die erzieherische Disziplinierung der

Kinder nach aufgeteiltem Geschlecht der türkischen Eltern in Deutschland. Während die Eltern die Töchter disziplinieren, sie auch gehorchen müssen, können sich die Söhne den Aufforderungen der Mutter widersetzen. Im frühkindlichen Alter (von 0 bis 3 Jahren) und im Vorschulalter (3-6 Jahren) gibt es keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern, die Kinder erleben in diesem Zeitraum eine schützende Familie. Ab Schulalter bis zur Pubertät der beiden Geschlechter sind die wichtigsten Bezugspersonen die Mutter und älteste Schwester und sie halten sich in der häuslichen Umgebung auf. Die Erziehung der Söhne wird durch die ambivalente Haltung von körperlicher Zärtlichkeit geprägt und dieses ambivalente Verhalten spiegelt sich gegenüber der Autorität von Mutter und Schwester wider. Allen Aufforderungen der weiblichen Erziehungsberechtigten können die Söhne freiwillig nachkommen oder sich weigern, da Ihnen außer einem Tadel nichts geschieht. Dadurch sind die Jungen total verunsichert, hinsichtlich der Autorität seiner weiblichen Bezugspersonen. In der Zeit beginnt der Vater den Sohn zu unterweisen, er zeigt ihm die männlichen Aufgabenbereiche und kontrolliert das Verhalten der Söhne. Die Söhne müssen ohne Widerrede all den Unterweisungen des Vaters nachgehen. Die Mutter übernimmt dann ihre Aufgabe als Fürsorgerin für die Familie wieder. Ab der Pubertät dürfen die Söhne ihre Freizeit wie der Besuch von Diskotheken und Bars, eigenständig organisieren und sie dürfen natürlich in der Jugend sexuelle Erfahrungen sammeln. Festzuhalten ist, dass die Söhne viele Freiheit haben und ihnen kaum Grenzen gesetzt werden. Trotz der Unterweisungen der Vater erfahren die junge Männer die Übergänge von der Kindheit über die Adoleszenz zum Erwachsensein weniger scharf und diffuser. In der Adoleszenz bis zum Erwachsenenalter werden die Söhne wie kleine Kinder behandelt und tragen für ihr Verhalten selten Verantwortung. Ohne diese Entwicklungsübergänge müssen sie „übernacht“ erwachsen werden, möglicherweise eine Familie gründen, trotzdem sie noch nicht genug verantwortungsbewusst für sich selbst sind. Die Eltern werden Disziplinierungsmaßnahmen einsetzen wie Militärdienst in der Türkei, die Heirat und schließlich die Übernahme der Verantwortung bei der Vaterschaft, wenn die Söhne sich nicht diszipliniert verhalten (vgl. Toprak, 2004).

Die Töchter müssen im Gegensatz zu den Söhnen den Aufforderungen der Mutter gehorchen, sonst werden sie bestraft. Die außerfamiliären sozialen Kontakte werden zum größten Teil durch die Mutter vermittelt und in der Anwesenheit anderer Menschen sollen die Töchter lernen sich ruhig zu verhalten, reden sollten sie nur wenn sie gefragt werden. Beim Mädchen wird die weibliche Geschlechterrolle (zum Beispiel der Mutter bei der Haushaltsarbeit helfen, die Fürsorge für jüngere Geschwister übernehmen) mit mütterlicher Rigidität festgelegt und die Autorität des Vaters gilt für die Töchter als unantastbar. Die Mutter-Kind-Beziehung ist kaum von körperlicher Zärtlichkeit geprägt und bei den Konflikten zwischen Mutter und Tochter beendet der Vater diese meist mit einem lauten Befehl (vgl. Toprak 2004). Topraks vorliegende Studie basiert auf eine kleine Gruppe befragter Männer bzw. einzelner Einrichtungen. Die Ergebnisse sind grundsätzlich stark vereinfachend und verallgemeinert. Das Geschlecht lässt sich als basale Kategorie zur Beschreibung ethnischer Differenz rekonstruieren, da sich dieser Zuschreibungsprozess meist aus Informationen der (sozialpädagogischen-) Beratungs- und Betreuungsbereiche ableitet (vgl. Huth-Hildebrandt 2002 und Zwangsverheiratung in Deutschland, 2007; Manuela Westphal). Diese Verallgemeinerungen werden dann anstandslos auf die Gesamtheit der Migrantenfamilien übertragen, dass die türkischen Männer autoritäre Patriarchen seien und ihre Frauen unterdrücken. Deswegen sollte man bei Verallgemeinerungen genau prüfen ob es bei einzelnen Menschen zutrifft.

Die Ehe ist für die Männer, wenn die Geschlechtsrollendifferenz strikt eingehalten wird, eine Ressource, die es ihnen ermöglicht, im Alltag Lasten abzuladen, die mit der Haushaltsführung und der Kindererziehung zusammenhängen“ (Merken, in: Merken/Schmidt (Hrsg.), 1997, S.43f.). Die alltäglichen Lasten (Haushaltsführung, Kindererziehung ect.) werden nach der Eheschließung ausschließlich von der Ehefrau bewältigt. Daraus resultiert ein Bild des traditionellen patriarchalischen Mann. Auch die Verallgemeinerung, dass die Männer mit Migrationshintergrund türkischer Herkunft fehlende Integration u. patriarchalische Einstellungen haben, wird

in der Öffentlichkeit, auch in der Praxis der Sozialen Arbeit übernommen. Die Zuschreibungen wie „türkische Machos“ oder verwöhnten „kleinen Prinzen“ sind keine fremden Begriffe. Machos, die zu „Gewalttätern“ und „Frauenwächtern“ erzogen wurden. Diese Zuschreibungen führen zu einem Feindbild, das als Bedrohung für die Aufnahmegesellschaft und die Emanzipation empfunden wird. Dadurch entsteht das Vorurteil, dass die Männer mit Migrationshintergrund durch die traditionelle geschlechterspezifische Erziehung ihre Rollen wahrnehmen und sie lassen sich infolgedessen von den Ehefrauen nicht bevormunden. Diese (junge) Männer werden daher nicht als Betroffene, sondern „Täter“ angesehen. Aber viele Zuschreibungen bzw. Annahmen stimmen laut der Untersuchung von Toprak(2004) nicht mehr. Zum Beispiel die Annahme, dass der Mann der Ernährer der Familie ist. Die finanzielle Absicherung der Familie zu gewährleisten, ist für viele Migrantenfamilien sehr wichtig. Weitere Aspekt, die Toprak in seiner Studie darstellt, bezieht sich auf Migration als einen Ausweg der finanziellen und materiellen Existenzsorgen. Dies ist oft der Hauptgrund einer Migration nach Deutschland. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, die weiblichen und anderen männlichen Familienmitglieder zur Erwerbstätigkeit heranzuziehen. Ziel war es, durch Arbeit mehrerer Personen, unabhängig vom Geschlecht, möglichst schnell Ersparnisse anzusammeln, um entweder sobald wie möglich in die Herkunftsländer zurückzukehren oder um den Familienangehörigen in dem Herkunftsland helfen zu können. Bei der zweiten und dritten Generation ist die Erwerbstätigkeit der Frau eine Selbstverständlichkeit geworden. Also die These, dass der Mann der Ernährer der Familie sei, gilt schon lange nicht mehr. Die Frauen gehen meist einer Nebentätigkeit nach, um das Familieneinkommen zu verbessern. Auch die Annahme, dass der Mann das Oberhaupt der Familien ist, stimmt nicht mehr. Die Frauen halten sich zwar in der Öffentlichkeit zurück, um den Mann den Vortritt zu lassen, aber in der Familie agieren sie gleichberechtigt. Ihre Gründe sind die Rollenaufteilung in der Gesellschaft mit der Selbstgefälligkeit des Mannes sowie mit der Rolle, die ihm seitens der türkischen Community zugeschrieben wird. Der Mann fungiert als Familienvertreter nach außen und übernimmt das Reden in der Öffentlichkeit, während die Frau sich bewusst zurückzieht. Die Frau zieht

aber im Hintergrund die Fäden und der Mann trägt nur die Ergebnisse vor. Der Mann hat die alleinige Entscheidungsmacht ist eine weitere Annahme. Diese Annahme widerspricht Toprak (2004) in seiner Studie, das die Frauen die wichtigen Entscheidungen, die die ganze Familie betreffen, auf keinen Fall dem Mann überlassen. Viele Voraussetzungen begünstigen das Selbstbewusstsein der Frauen, wie die Berufsausbildung bzw. die Erwerbstätigkeit der Frau. Da sie gemeinsam mit dem Mann die Familie ernähren, nehmen sie sich auch das Recht, über die wichtigen Familienangelegenheiten mit zu entscheiden (z.B. Erziehung der Kinder, Schulbildung der Kinder, der Aufenthalts- und Urlaubsort der Kinder). Außerdem erleben Frauen Deutschland als offenes und demokratisches Land, in dem den Frauen alleine durch ihre rechtliche Stellung viele Freiheit gewährt wird. Das gibt den Frauen viel Mut, ihre persönlichen Meinungen zu formulieren. Der Mann hat in der innerfamiliären Interaktion längst an Einfluss und Macht verloren. Aufgrund der selbstverständlichen Erwerbstätigkeit und der erhöhten Bildungs- und Berufsmöglichkeiten der Frau ist der Mann weder der alleinige Ernährer der Familie, noch kann er eigenmächtig alle Familienentscheidungen treffen (Toprak(2004); S. 66f.). Also das Bild über die türkischen Männer in der Öffentlichkeit ist selektiv. Es wird nur das Verhalten einer kleinen Minderheit wahrgenommen und dann auf die gesamte muslimische Jugend übertragen

### **I.7.Zwangsheirat ist kein frauenspezifisches Phänomen**

Es können bisher keine klaren Aussagen über die Anzahl der Betroffenen nach Geschlecht differenziert gemacht werden, weil gesicherte Zahlen der Zwangseheschließung bisher fehlen. Auch ist es nur schwer nachzuweisen, wie viele die Männer zwangsverheiratet werden, weil keine genauen Zahlen und kaum empirische Belege vorliegen. Das Phänomen der Zwangsheirat wird in den öffentlichen Debatten vorwiegend nur als ein Problem der Frauenunterdrückung dargestellt. Die Diskussion um das Schicksal von türkischen Frauen, um das Phänomen Zwangsehen und um die innerfamiliäre Gewalt erhielten eine mediale Aufmerksamkeit, durch die Veröffentlichung dreier biografischer Bücher von türkischstämmigen

Autorinnen (Seyran Ates „Große Reise ins Feuer“, 2003; Necla Kelek „Die fremde Braut“, 2005 und Serap Cileli, „Wir sind eure Töchter, nicht eure Ehre; 2002). Die Bücher berichten grundsätzlich über die Lebenssituationen von türkischen und anderen muslimischen Frauen in strenggläubigen Familien, sind aber keine wissenschaftlichen Studien. Die Schilderungen sind oft sehr pauschalisierend, wie z.B. in dem Buch von Kelek, sie nimmt den Islam als Grund für Gewaltanwendung und Unterdrückung der Frau seitens des Mannes an.

Bei einer Befragung zu Zwangsverheiratung in Berlin im Jahr 2007 sind 378 Fälle von Zwangsverheiratungen in Deutschland bekannt geworden, davon waren 86 (23 %) erfolgte und 292 (77 %) angedrohte Zwangsverheiratungen. In 12 Fällen handelte es sich um männliche Betroffene. Bei 113 (30 %) von 378 betroffenen Mädchen, Frauen, Jungen und Männer lagen Angaben über das Verwandtschaftsverhältnis der zukünftigen Ehepartner/innen vor. Erschreckend war, dass in 74 (65%) Fällen Verwandtschaftsbeziehungen vorlagen. In 39 (35 %) Fällen gaben es keine verwandtschaftlichen Beziehungen. Sowohl bei Mädchen als auch Jungen war die Altersgruppe der 16 bis 18-Jährigen am stärksten betroffen (127 (38 %) der Mädchen und 4 (33 %) der Jungen), gefolgt von der Gruppe der 19 bis 21-Jährigen (85 (25 %) Frauen und 3 (25 %) Männer)(Vgl. Berliner AK gegen Zwangsheirat und Terre des Femmes e.V.: [http://www.frauenrechte.de/tdf/pdf/ehrgewalt/allgemeine-infos/allgemein\\_info\\_zahlen\\_1.pdf](http://www.frauenrechte.de/tdf/pdf/ehrgewalt/allgemeine-infos/allgemein_info_zahlen_1.pdf); aufgerufen 06.01.2010, 16:13Uhr). Es sind also auch Männer von einer Zwangsheirat betroffen, auch wenn es in dieser Studie sich nur um eine kleine Zahl der männlichen Betroffenen handelt. Die Gründe dafür habe ich bereits erörtert.

Wie bei den Frauen gibt es auch bei den Männern Indizien, die auf eine Zwangsehe deuten. Diese sind z.B. die Eheschließung als Disziplinierung, das niedrige Alter der jungen Männer sowie die verbreitete Eheschließung mit Verwandten. Die eheliche Verbindung ist wie oben beschrieben, die ökonomische und explizite Bindung von zwei Familien (vgl. Toprak (2004)). Da die familiäre Bindung im Mittelpunkt der Eheschließung steht, muss sehr genau darauf geachtet werden, aus welchem Hause die zukünftige Braut/Bräutigam stammt. Die in Deutschland lebenden Migrantenfamilien

türkischer Herkunft kommen aus den verschiedensten Gebieten der Türkei, so dass die Brautwerbung in Deutschland erschwert wird, weil nicht nur die Nationalität und die religiöse Einstellung von entscheidender Bedeutung sind, sondern auch die Vertrauenswürdigkeit. Diese kann optimal überprüft werden, wenn die zukünftige Braut aus der gleichen Stadt oder dem gleichem Landkreis stammt wie die Brautwerber. Diese Prüfung ist in Deutschland viel schwieriger und komplizierter, da es nur wenige Familien aus der gleichen Stadt gibt. Das Vertrauen ist insbesondere im verwandtschaftlichen Umfeld entscheidend. Eine Eheschließung innerhalb der Verwandtschaft hat aus Sicht der Eltern mehrere Vorteile, die beispielsweise zusammengefasst werden können. Zum Beispiel, durch die Heirat des Sohnes im Umfeld der Verwandtschaft in der Türkei erhoffen sich die Eltern mehr Loyalität und Unterordnung der Braut, weil eine doppelte wirtschaftliche Abhängigkeit (die Braut selbst und ihrer Familie) vorhanden sein wird. Durch die Heirat erhoffen sich die Eltern der Braut von dem Bräutigam Loyalität, Verantwortung und ökonomische Unterstützung. Noch ein weiterer Aspekt wird hier deutlich, nämlich die offene und unmittelbare Kontaktaufnahme zu den Eltern der Braut, wenn sie sich nicht den Vorstellungen der Schwiegereltern und des Mannes entsprechend verhält. Außerdem ist eine Migration nach Deutschland meist für Familien aus ländlichen Gebieten der Türkei sehr verlockend, da sie durch die Migration einen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit und Armut erwarten. Durch eine Heirat mit einer/einem Cousine/Cousin aus der Türkei wollen die Eltern ihre Verwandtschaft in der Türkei unterstützen. Es ist also stark anzunehmen, dass die jungen Männer bei der Werbung und bei der Entscheidung um die Braut von seinen Eltern motiviert/überredet bzw. unter Druck gesetzt wurden, damit sie eine Frau aus dem Kreise der Verwandten heiraten.

Das Heiratsalter hat auch viel mit der Disziplinierung zu tun, um Schwierigkeiten vorzubeugen, versuchen viele Eltern ihre Söhne im sehr jungen Alter zu verheiraten. Die Söhne im jungen Alter sind besser und einfacher zu motivieren/manipulieren. Je später ein Mann heiratet, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass er sich bei der Brautwahl nicht nach den Vorstellungen seiner Eltern richten wird. Die Familiengründung liegt oft

vor dem Einstieg ins Berufsleben, die finanzielle Sicherheit wird erst nach der Heirat gemeinsam angestrebt und aufgebaut (vgl. Ahmet Toprak, 2004).

Also junge Männer und Männer können genauso wie Mädchen und Frauen von einer Zwangsheirat betroffen sein. Die Zwangsverheiratung der männlichen Betroffenen wurde nur zu selten in der Öffentlichkeit ernsthaft wahrgenommen. Diese Tatsache könnte nur verändert werden, wenn die männlichen Betroffenen über diese Problematik „Zwangsheirat“ offen und genau berichten würden. Das öffentliche Interesse ist für die Betroffenen natürlich sehr bedeutend, denn wenn sie die Gesellschaft als aktiven, interessierten Zuhörer empfinden könnten, dann werden diese Männer offen darüber sprechen können. Das Phänomen der Zwangsheirat von männlichen Betroffenen sollte nach einer Strategie von wichtigen Fragen untersucht werden, damit die Öffentlichkeit diesem Phänomen mehr Aufmerksamkeit schenkt.

Fragen wie zum Beispiel: warum stimmen junge Männer Zwangsheiraten zu? Oder werden sie überhaupt vor der Heirat gefragt? Oder warum sie diese wichtige Entscheidung bei der Partnerwahl ihren Eltern überlassen und ob sie mit der Ehe überhaupt glücklich und zufrieden sind? könnten zu einer Annäherung der Thematik führen.

Die gleichgeschlechtliche sexuelle Orientierung der Kinder stellt weltweit ein Motiv für Familien dar, die eigenen Kinder gegen deren Willen zu verheiraten. Nicht erst nach dem Outing, sondern bereits der Verdacht, die Kinder könnten sich homosexuell entwickeln oder auch offensichtliche Verhaltensabweichungen von der gesellschaftlich vorgeschriebenen Geschlechterrolle können zu erzwungenen Eheschließungen führen. Die Problematik vieler Lesben und Schwulen ist geprägt durch mehrdimensionale Diskriminierungen sowohl innerhalb der ethnischen Community als auch in der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Die jungen Männer mussten oft nach der Offenbarung ihres Schwulseins in der Familie über private Verbindungen für einen längeren Zeitraum bei Bekannten in anderen Bundesländern untergebracht werden, da es für diese Männer keine analog zu den bestehenden Frauenhäuser und Angebote für Frauen existierende Strukturen gibt (Anne Thieme, 2007, S. 187 ff.). Viele schwule Männer beugen sich dem familiären und gesellschaftlichen Druck und



willigen dann in eine Heirat ein. Sexuelle Beziehungen zu Männern leben sie heimlich oder drastischer auch mit dem Wissen der Ehefrauen. Dieses Doppelleben führt innerhalb der Ehe oft zu Konflikten. Mitunter wollen diese Männer natürlich keine körperlichen Kontakte mit ihren Frauen. Diese Tatsache führt in manchen Fällen zu Frustrationen, die die Männer in Form von Gewalt an den Frauen auslassen, so könnten diese Männer von Opfer zum Täter werden. Diese Gewaltanwendung der homosexuellen Männer führt erneut wieder zu einer öffentlichen Aufmerksamkeit und zur Förderung mehrerer Schutzräume für betroffene Frauen. Was wieder dazu führt, dass die männlichen Betroffenen weiterhin in den Hintergrund der Gesellschaft gedrängt werden.

## **II. Unterstützung und Angebote – rechtliche Rahmenbedingungen**

Das Recht auf die freie Wahl des Partners oder der Partnerin ist wie bereit oben beschrieben ein Menschenrecht (Artikel 16, Absatz 2). Es ist daher meiner Meinung nach rechtswidrig, dass die Zukunftschancen junger Menschen durch eine Zwangsheirat eingeschränkt oder gar zerstört werden. Eltern und Verwandte haben das Recht sich zu der Partnerwahl zu äußern, damit helfen die Heiratsbeteiligten bei ihrer wichtigen Entscheidung ihres Lebens, letztendlich haben aber die Heiratsbeteiligten selbst die Entscheidung ihrer Partnerwahl zu treffen. Wichtig ist in jedem Fall, dass die individuellen Menschenrechte im sozialen Umfeld akzeptiert und respektiert werden. Kinder brauchen eine liebevolle, intakte Umgebung, um ihr volles Potenzial entfalten zu können und eine Zwangsheirat bietet dafür keine Möglichkeit.

### **II.1. Rechtliche Grundlagen bei Zwangsheirat**

Im folgenden Abschnitt stelle ich die relevanten gesetzlichen Grundlagen, die das Phänomen Zwangsheirat betreffen dar. „Zwangsheirat verstößt gegen eine Vielzahl von Menschenrechten, wie z.B.: Das Recht auf selbstbestimmte Heirat; persönliche Freiheit; Menschenwürde und körperliche Unversehrtheit.“ (AG Schulaktionen gegen Gewalt des Berliner

AK gegen Zwangsverheiratung, 2008 ;S.5). Den Tätern gegenüber wird die konsequente staatliche Verurteilung ihres Handelns durch die Benennung des Straftatbestands signalisiert. Seit Februar 2005 steht die Zwangsheirat als besonders schwere Form der Nötigung explizit unter Strafe und kann mit bis zu 5 Jahren Haft bestraft werden (vgl. § 240 Abs.4 S.2, Nr2 StGB; Bundesministerium der Justiz, [http://www.gesetze-im-internet.de/stgb/\\_240.html](http://www.gesetze-im-internet.de/stgb/_240.html); aufgerufen 02.01.2010; 16.59 Uhr). Strafbar ist auch der Versuch der Zwangsverheiratung. Außerdem wird die Gewaltanwendung wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung bestraft. Nicht nur die Betroffenen können Anzeige erstatten, sondern z.B. auch Nachbarn oder Mitschüler/Innen. Zugleich sind Auslandsstraftaten - wie die Verschleppung ins Ausland zwecks einer Zwangsheirat - in Deutschland strafrechtlich verfolgbar.

Eine weitere Möglichkeit bittet die Nebenklage durch die Opferzeugen. Die Position der Betroffenen soll mit verschiedenen rechtlichen Aspekten gestärkt werden. Wie z.B. nach § 1314 Abs.2, Nr. 2-4 BGB (Aufhebung der Ehe) kann eine Zwangsheirat oder auch eine Ehe, die auf einer arglistigen Täuschung beruht, aufgehoben werden. Nach Auflösung der Ehe kann der/die Betroffene ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten. Diese Aufenthaltserlaubnis kann auch bei Inanspruchnahme von Sozialleistungen verlängert werden (vgl. § 31 Absatz 4 AufenthG). Aber die Voraussetzung des eigenständigen Aufenthaltsrechts ist, dass die eheliche Lebensgemeinschaft seit mindestens zwei Jahren rechtmäßig in Deutschland bestand. Von dieser Frist kann nur abgesehen werden wenn es zur Vermeidung einer besonderen Härte nötig ist, dem/der Betroffenen und dessen Kinder den weiteren Aufenthalt in Deutschland zu ermöglichen. Dies ist erst gegeben, wenn entweder die Rückkehr zu einer besonderen Härte führen würde oder das weitere Festhalten an die eheliche Lebensgemeinschaft unzumutbar ist (vgl. § 31 Absatz 2 AufenthG).

Nach § 51 Abs. 1 Nr. 7 AufenthG erlischt ein Aufenthaltstitel, wenn der/die Ausländer/In das Bundesgebiet verlassen hat und nicht innerhalb von sechs Monaten oder einer von der Ausländerbehörde bestimmten längeren Frist wieder einreist. Viele der Betroffenen wurden von ihrer Familien in deren Herkunftsland verschleppt und zwangsverheiratet.

Aufgrund dieser Regelung sind die Hilfsmöglichkeiten drastisch eingeschränkt. Eine legale Wiedereinreise der bereits in Deutschland lebenden jungen Betroffenen wird durch die derzeit geltenden Gesetze sehr erschwert. Eine aufenthaltsrechtliche Verbesserung ist daher zwingend notwendig und erforderlich. Das Recht der Wiederkehr (§ 37 AufenthG) von verschleppten Opfern muss unabhängig von der Sicherung des Lebensunterhaltes gewährt werden. Von einer Familie, die ihre Tochter zwangsverheiratet hat, ist nicht zu erwarten, dass sie ihre Tochter in Zukunft in ihrer selbst bestimmten Lebensplanung unterstützt. Vielmehr ist hier eine Gefährdung der Sicherheit des Mädchens höchstwahrscheinlich. Diese Erfahrung haben auch die männlichen Betroffenen zu machen und die Söhne müssen genauso auf die finanzielle Unterstützung ihrer Familie verzichten, wenn sie sich gegen die Zwangsverheiratung wehren.

Ein wichtiger Punkt ist der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft durch Geburt. Auch dies stärkt die Position jungen Betroffenen in einer solchen Situation. Wenn junge Betroffene mit deutscher Staatsbürgerschaft ins Ausland zwangsverheiratet werden würden, können sie dort zur deutschen Botschaft bzw. zu den deutschen Behörden vor Ort gehen. Diese sind dann verpflichtet, sich um sie zu kümmern, übrigens auch dann, wenn sie keine Ausweispapiere bei sich tragen, denn für sie gilt dasselbe wie für alle anderen deutschen Staatsbürger/Innen. Auch das ist ein Grund, die Einbürgerung junger Menschen zu fördern (vgl. Dokumentation des öffentlichen Fachgesprächs von Bündnis 90/Die Grünen, 2005: [http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/89/89963.ehrenmorde\\_veranstaltungsdokumentation.pdf](http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/89/89963.ehrenmorde_veranstaltungsdokumentation.pdf); aufgerufen am 04.01.2010 um 01:36Uhr). Diese Möglichkeit steht sowohl für den weiblichen als auch den männlichen Betroffenen zu.

Wenig profitieren von den eben zitierten Regelungen diejenigen, die als Asylbewerber und als Flüchtlinge hier in Deutschland leben und die von Zwangsverheiratung betroffen sind, und sehr schwierig einen rechtmäßigen Aufenthaltstitel erhalten können. Diese Gruppe darf nicht völlig außer Acht gelassen werden. Ich hoffe für die Zukunft, dass auch für die Gruppe der

Asylbewerber/Innen und Flüchtlinge künftig verbesserten rechtlichen Rahmenbedingungen gibt.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einen wichtigen Aspekt fokussieren: die Jugendhilfe. Es ist ein Problem, dass die Jugendhilfe oft nicht anerkennt, dass diejenigen, die über 18 Jahre alt und von Zwangsverheiratung betroffen sind, ein Recht auf Unterstützung von Seiten der Jugendbehörden haben. Oft wird von den zuständigen Behörden und Ämtern nicht akzeptiert, dass junge Betroffene über 18 Jahren, selbst wenn sie verheiratet sind, auch noch in die Zuständigkeit der Jugendhilfe fallen (Zwangsverheiratung in Deutschland; 2007 /Seyran Ates; S. 232-233).

Problematisch wird es in diesem Zusammenhang dann, wenn z.B. Hilfen zur Erziehung beantragt werden, hierzu sind nur Erziehungsberechtigte antrags- und leistungsberechtigt. Das relevante Problem betrifft den eigenständigen Anspruch auf Leistungen nach dem Jugendhilferecht für minderjährige Zwangsverheiratete (ohne vorher ein aufwendiges Vormundschaftsverfahren durchlaufen zu müssen). Gemäß § 27 SGB VIII können diese nämlich keinen Antrag auf Hilfsmaßnahmen (Hilfe zur Erziehung) des Jugendamtes stellen. Minderjährige haben aber gemäß § 42 SGB VIII das Recht, das Jugendamt um Inobhutnahme zu bitten. Das Jugendamt ist bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 42 Abs. 1 SGB VIII verpflichtet, das Kind bzw. den Jugendlichen in seine Obhut zu nehmen. Zwar sind nach § 42 SGB VIII die Personensorgeberechtigten zu benachrichtigen, um das Gefährdungsrisiko und das weitere Vorgehen zu klären. Der Aufenthaltsort muss aber in einem solchen Fall nicht mitgeteilt werden (auch § 8 SGB VIII). Es kommt außerdem noch dazu, dass sich in Fällen der Auslandsverheiratung die Aufgabe der Jugendhilfe höchstschwierig gestaltet, da die Zuständigkeit der öffentlichen Jugendhilfe nur dann gegeben ist, wenn sich die minderjährigen und junge erwachsenen Betroffenen in Deutschland polizeilich gemeldet sind. (vgl. § 86, § 86a örtliche Zuständigkeit SGB VIII)

#### II.1.1. Aufenthaltsgesetz, eine heikle Problematik der „Zwangsheirat“?

In Bezug auf das Aufenthaltsgesetz (§31 Abs. 2 AufenthG) ist für mich nicht nachzuvollziehen, dass ausländische Betroffene über Jahre hinweg in

einer Zwangsehe in Deutschland leben müssen, weil sie bei einer Trennung Angst vor einer Abschiebung haben müssen. Aufgrund der restriktiven Auslegung der „besonderen Härte“ durch die Ausländerbehörden müssen die hilfesuchenden Betroffenen jeder Zeit damit rechnen, abgeschoben und möglicherweise von ihrer Herkunftsfamilie im Namen der Ehre umgebracht zu werden, sofern sie sich innerhalb der ersten zwei Ehejahre scheiden lassen. Die Fortsetzung einer Zwangsehe ist unzumutbar, weil die Zwangsverheiratung eine schwere Menschenrechtsverletzung darstellt. Eine Zwangsheirat soll daher künftig als Härtefall in die Verwaltungsvorschriften erfasst werden.

Wenn die Zweijahresfrist nicht erreicht wird und eine erhebliche Beeinträchtigung schutzwürdiger Belange nicht vorliegt, also bei Gefahr für Leben oder bei Bedrohung, kann in der Regel mit der Härtefallregelung ein gesicherter Aufenthaltsstatus erteilt werden (vgl. Dokumentation des öffentlichen Fachgesprächs von Bündnis 90/Die Grünen, 2005: [http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/89/89963.ehrenmorde\\_veranstaltungsdokumentation.pdf](http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/89/89963.ehrenmorde_veranstaltungsdokumentation.pdf); aufgerufen 13.12.09; 14.23 Uhr). Das Problem liegt also nicht im Gesetz, sondern in seiner Umsetzung, d.h. in der Ausländerbehördenpraxis. Die Härtefallregelung wird meist nur angewandt, wenn die körperliche Gewalt sichtbar ist. Das ist ein Problem, weil die Behörden die rechtlichen Möglichkeiten, die sie hätten, nicht im vollen Umfang nutzen.

Im Grundsatz des § 51 Absatz 1 Nr. 6 und 7 des Aufenthaltsgesetzes ist geregelt, dass die Aufenthaltserlaubnis erlischt, wenn eine Person „aus einem seiner Natur nach nicht vorübergehenden Grund ausreist und dass nach sechs Monaten des Aufenthaltes außerhalb der Bundesrepublik Deutschland die Aufenthaltserlaubnis erlischt. Es gibt die Möglichkeit einer Verlängerung und diese kann vom Ausland beantragen werden. Es bringt oft nichts, weil erstens nur eine Minderheit der Betroffenen etwas von der Verlängerung weiß und zweitens der große Teil der Betroffenen nicht die Möglichkeit haben, diese Fristverlängerung zu beantragen. Allerdings können die minderjährige und junge erwachsenen Betroffenen, wenn sie ihren Aufenthaltsstatus durch Ausreise verloren haben, unter bestimmten

Voraussetzungen einen Anspruch auf Rückkehr beantragen(nach §37 AufenthG). Der Anspruch besteht nur, wenn sich die Betroffenen zuvor acht Jahre rechtmäßig in Deutschland aufgehalten haben und sechs Jahre lang eine Schule besucht haben. Ihr/Sein Lebensunterhalt ist entweder durch eigene Erwerbstätigkeit oder durch eine Unterhaltsverpflichtung für fünf Jahre gesichert und es/sie nach dem 15. und vor dem 21. Geburtstag zurückreisen möchte und höchstens fünf Jahre im Ausland gelebt hat (vgl. § 37 Absatz 1 Nr. 1-3 AufenthG). Diese Voraussetzungen werden nur in den wenigstens Fällen erfüllt, insbesondere wird häufig das Höchstalter für die Rückkehr überschritten und der gesicherte Lebensunterhalt erschwert auch oft die Rückkehr (AG Schulaktionen gegen Gewalt des Berliner AK gegen Zwangsverheiratung, 2008; S. 9).

Eine andere Möglichkeit für die Rückkehr könnte nur noch die in § 37 Absatz 2 AufenthG festgelegte Härteklause, die ein Abweichen von den oben genannten Voraussetzungen im Rahmen des Ermessens ermöglicht. Dennoch besteht für das Kind kein eigenständiger Rechtsanspruch auf die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung nach dem Ausländergesetz, weil mindestens ein Elternteil über eine Aufenthaltserlaubnis verfügen muss. (vgl. § 32 Absatz 1 Nr. 2 und Absatz 3 AufenthG).

Nach § 177 Abs.1 Nr. 1-3 und Abs. 2 StGB wird den Täter mit Freiheitsstrafe bestraft, wenn er eine andere Person mit Gewalt oder durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben oder unter Ausnutzung einer Lage, in der das Opfer der Einwirkung des Täters schutzlos ausgeliefert ist, nötigt. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren. Ein besonders schwere Fall liegt vor, wenn der Täter mit dem Opfer den Beschlaf vollzieht oder ähnliche sexuelle Handlungen an dem Opfer vornimmt oder an sich von ihm vornehmen lässt, die dieses besonders erniedrigen, insbesondere, wenn sie mit einem Eindringen in den Körper verbunden sind (Vergewaltigung). Aber eine sexuelle Aufklärung innerhalb der bildungsfernen Familie und in der konservativen Gesellschaft findet in den seltensten Fällen statt. Während die Mädchen unerfahren in die Ehe gehen und ihre Ehre mit ihrer Jungfräulichkeit beweisen müssen, wird von den Männern eine gewisse sexuelle Erfahrung erwartet. Für einen Mann ist es unehrenhaft seiner Frau

in der Hochzeitsnacht seine Männlichkeit nicht unter Beweis zu stellen, deswegen hat zu einem großen Teil der Ehemänner vor der Hochzeit ihre sexuelle Erfahrungen bei Prostituierten sammeln müssen, um sein Ansehen nicht zu verlieren. Die sexuelle Befriedigung des Mannes gilt als eine der ehelichen Verpflichtungen der Frauen in dieser konservativen Gesellschaft. Aus dieser Aussage wird schon beschrieben, dass es in der Sexualität nicht um die partnerschaftliche und gleichberechtigte Umsetzung des Liebeslebens geht, sondern allein um die Bedürfnisse des Mannes, denn Frauen dürfen in der Sexualität keine Wünsche haben. Also Wünsche und Bedürfnisse der Frau werden nicht berücksichtigt und dieser Geschlechtsverkehr wird von diesen Ehemännern nicht als Vergewaltigung wahrgenommen. Wenn eine Frau ihre zugeschriebene Rolle nicht wahrnehmen möchte, sich weigert mit dem Ehemann zu schlafen und wenn er trotzdem tut, muss dies als Vergewaltigung gewertet werden. In einem Extremfall äußert ein Mann sogar den Wunsch, dass die Frauen Widerstand zeigen sollen, weil sie diesen Widerstand erregend und reizvoll finden. Wenn sie sich weigert, den Geschlechtsverkehr zu vollziehen, wird sie von ihrem Mann möglicherweise durch körperliche Gewalt misshandelt, weil er diese Ablehnung als Demütigung auslegt. Die Gewaltanwendung kann aber auch bei der Äußerung der sexuellen Wünsche der Frau erfolgen. Das Offenbaren von Zuneigung in Form von Zärtlichkeit in der Öffentlichkeit ist in konservativen und in bäuerlichen geprägten Familien unzulässig und nicht erwünscht. Es wird eher abgelehnt, weil dies Tun als unmännlich bewertet wird (Toprak 2004, „Vergewaltigung in der Ehe“ S. 147 ff.;). Durch die traditionelle Geschlechterrollen und Sexualrollen (eheliche Verpflichtungen einer Frau sind nach der Studie von Toprak (2004) „das Führen des Haushaltes“, „die Kindererziehung“ und „die sexuelle Befriedigung des Mannes“ und der Mann kann nehmen was ihm zusteht) werden die Mädchen und Jungen unterschiedlich sozialisiert, und diese traditionelle Geschlechterrolle begünstigen meiner Meinung nach eine Vergewaltigung in der Ehe der weiblichen Betroffenen.

All diese ungünstigen Voraussetzungen der rechtlichen Rahmen (wie z.B.: Ein eigenständige Aufenthaltserlaubnis nach zwei Jahren tatsächliches Eheleben; Auflösung der Aufenthaltserlaubnis nach halben Jahr der

Ausreise ins Ausland; Rückkehr nach Deutschland wird erschwert durch das Höchstalter (vor Vollendung des 21. Lebensjahr) und den gesicherten Lebensaufenthalt) trifft auch bei männlichen Betroffenen zu. Ausgenommen ist die Vergewaltigung in der Ehe.

Es gibt nur sehr wenig Literatur, Studien über das Empfinden der männlichen Betroffenen bei einer „Zwangsheirat“. Das kann ein weiterer Grund sein, warum Männer kaum in den öffentlichen Diskussionen vorkommen. Die Männer sind eher als Täter der häuslichen Gewaltanwendung zu sehen und nicht als Opfer. Dementsprechend sollen mehr Schutzräume und Hilfeangebote für Mädchen, Frauen aber auch für Jungen, Männer ausgebaut werden.

Ein ganz wichtiger Änderungsbedarf im Ausländerrecht ist für mich die Rückkehrmöglichkeit nach Deutschland, von ins Ausland zwangsverheirateten Betroffenen. Das sechsmonatige Rückkehrrecht ist viel zu kurz, um den betroffenen Männer und Frauen eine wirkliche Rückkehroption zu geben. Eben so wichtig ist, dass in Deutschland Zwangsverheiratete, die sich von Ihrem/ihrer Partner/In trennen, ein sofortiges eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten. Bei einer Trennung vor Ablauf der zwei Jahre, nach denen die/den Partner/In das eigenständige Aufenthaltsrecht sowieso erhält, muss hier ein Härtefall geltend gemacht werden können, wie das jetzt schon der Fall ist, wenn in einer Beziehung häusliche Gewalt stattfindet.

### II.1.2. Trennung, Aufhebung der Ehe, Scheidung und (Rechts-)Folgen

Es darf auch nicht außer Acht gelassen werden, dass das Loslösen aus einer Zwangsehe nicht nur einen Bruch mit dem gesamten familiären und dem sozialen Umfeld bedeutet, sondern auch ein unkalkulierbares Risiko der Bedrohung und Verfolgung für die betroffenen Frauen und Männer darstellt. In den Fällen einer Zwangsheirat, speziell bei den so genannten „Importbräuten“ ist nach einer Scheidung eine Rückkehr in den Heimatort, in dem patriarchalische Strukturen und soziale Kontrolle herrschen, unzumutbar, weil durch die von der „Importbraut“ betriebene Auflösung der Ehe (gegen den Willen der beteiligten Familien) gilt sie als ehrlos, geächtet



und ausgestoßen. Sie würde bei einer Rückkehr erheblich diskriminiert, bis hin zur Bedrohung ihres Lebens konfrontiert. Auch eine Ausreise in andere Gebiete des Heimatlandes scheidet regelmäßig aus, da die Betroffenen dort überhaupt keinen familiären Rückhalt besitzen (Seyran Ates; S. 237 f.). Die Tatsache, dass in Deutschland der „Importbräutigam“ existiert, ist wohl allen Beteiligten bekannt. Die Frage ist nur was geschieht mit dem „Importbräutigam“, wenn er in das Herkunftsland zurückkehren muss? Wird er die gleichen Erfahrungen wie die weibliche Betroffene machen müssen? Diese Themenstellung erhält bisher zu wenig Interesse von öffentlichen Diskussionen, daher existieren unzureichende, mangelnde Studien über diese männliche Gruppe.

Es gibt zwar die Möglichkeiten eine Zwangsheirat aufzuheben oder sich scheiden zu lassen. Die Aufhebung der Ehe ist eine gerichtlich verfügte Beendigung einer Ehe aufgrund fehlerhafter Eheschließung, d.h. die Ehe wird aufgrund der Fehlerhaftigkeit ab dem Zeitpunkt der Eheaufhebung für nichtig erklärt (§§ 1313 bis 1318 BGB). Die Scheidung dagegen ist die formelle, juristische Beendigung einer Ehe durch einen Antrag beim zuständigen Familiengericht (§1564 BGB). Also wenn eine Person zwangsverheiratet wurde, kann diese Person einen Antrag auf Aufhebung der Ehe stellen. Gemäß § 1314 Absatz 1 BGB kann eine Ehe aufgehoben werden, wenn sie entgegen den Vorschriften der §§ 1303, 1304, 1306, 1307, 1311 geschlossen wurde. Die Ehe kann aus den im § 1314 Absatz 2 BGB genannten Gründen aufgehoben werden, z.B. wenn „ein Ehegatte zur Eingehung der Ehe widerrechtlich durch Drohung bestimmt worden ist (§1314 Abs.2 Nr.4 BGB). Aber den Umstand, dass es durch eine Drohung zur Eheschließung gekommen ist, muss diejenige Person erstmal beweisen. In den meisten Fällen einer Zwangsheirat kann es aber schwierig werden, weil die Betroffene, wie bereits erläutert, die gesamte Familie gegen sich hat. Noch schwieriger ist es, wenn diejenige Person den Nachweis ganz allein beschaffen muss (Seyran Ates; S. 234-235 f.). Deshalb scheut sich die Betroffene aus Angst vor Repressalien, einen Antrag auf die Aufhebung der Ehe zu stellen.

Außerdem ist der Antragsfrist einer Aufhebung eine Hürde für die Betroffenen. Ein Antrag auf Eheaufhebung muss gemäß § 1317 Abs. 1 BGB

innerhalb eines Jahres beim zuständigen Gericht gestellt werden. Der Frist beginnt mit der Beendigung der Zwangslage und für einen/eine minderjährige/n Ehegatten/Ehegattinnen nicht vor dem Eintritt der Volljährigkeit. Diese Jahresfrist erschwert die Eheaufhebung im Fall von Zwangsverheiratung, weil wenn die zwangsverheirateten Frauen und Männer den Mut finden, rechtlichen Rat/Beistand zu suchen, ist diese Frist meist bereits abgelaufen und es muss ein aufwendige Scheidungsverfahren durchgeführt werden. Die Betroffenen wissen in der überwiegenden Zahl der Fälle, dass die jederzeit eine räumliche Trennung herbeiführen können, um einen Antrag auf die Eheaufhebung zu stellen. Oft sind Sie psychisch nicht in der Lage, gegenüber die Familie aufzubegehren. Es ist allgemein für die Menschen eine unglaubliche Belastung, aus Zwang mit einem ungeliebten Menschen zusammen zu sein. Die Aufhebungsfrist sollte verlängert werden oder gar gänzlich aufgehoben, weil es bei einer Zwangsheirat sich um eine massive Menschenrechtsverletzung handelt.

Nach der Eheaufhebung oder nach der Scheidung stehen für diese betroffenen Frauen und Männer zunächst die Sicherheit der eigenen Person und gegebenenfalls die der Kinder sowie die Schaffung einer neuen Existenz im Vordergrund. Nach der Trennung gibt es sehr viele Schwierigkeiten für die Betroffene, z.B. Anträge auf staatliche Hilfe stellen, „Importbräute“ und „Importbräutigam“ treten selten in dem geführten Eheleben selbständig mit Behörden in Kontakt, zumal diese Gruppe auch noch kaum Deutsch beherrscht und sehr eingeschränktes soziales Umfeld in Deutschland hat, kann Hilfe überwiegend mit professionellen Angeboten geleistet werden. Während der Frauen nach der Trennung/Scheidung um ihr Leben wegen des sogenannten Ehrenmordes fürchten, können die männliche Betroffenen nach der Scheidung wegen der Ehre eines Mannes in der konservativen Gesellschaft als ehrlos und schwach angesehen und ausgestoßen werden. Es mangelt einfach an Studien darüber, welche Hilfsmöglichkeiten die betroffenen Männer bräuchten und wie man ihnen helfen könnte. Ganz wichtig sind daher die gesellschaftliche Ächtung der Zwangsverheiratung und Angebote für die betroffene Mädchen, Frauen, Jungen und Männer.

## **II.2. Schwierigkeit bei der Sicherheit für betroffene Frauen und Männer**

In den meisten Bundesländern wird das Phänomen Zwangsheirat als wichtiges Problemfeld gesehen und über eine Verbesserung der Opferschutzmaßnahmen nachgedacht. Wie z.B. Hamburg die „Behörde für Soziales und Familie“ entwickelt ein Handlungskonzept zur Bekämpfung von Zwangsheirat. In Niedersachsen erarbeitet ein interministerieller Arbeitskreis ein Handlungskonzept zum Thema Zwangsheirat. Ebenso wurden nach einem Beschluss des Landtags Mecklenburg-Vorpommern vom März 2006 die Landesregierung, „ausführliche Konzepte bzw. Maßnahmenkataloge“ zur „Verbesserung der von häuslicher Gewalt/Zwangsheirat betroffenen Migrantinnen“ vorgelegt.

Bei der Frage nach der Notwendigkeit spezieller Zufluchtseinrichtungen für die Gruppe der Betroffenen wird häufig auf die nicht abgeschlossene Prüfung in einem Arbeitsprozess verwiesen. Die Mehrzahl der Länder bewertet aber das Angebot von Schutzeinrichtungen in den Frauenhäusern und Kinderschutzzentren auch für von Zwangsheirat betroffene Mädchen und junge Frauen für ausreichend. Das Land Berlin betont dagegen ausdrücklich die Notwendigkeit spezieller Schutzeinrichtungen, die auch in akuten Notfällen Betroffene aufnehmen können. Die Bundesländer sind allerdings vom Problemfeld Zwangsheirat in unterschiedlichem Umfang betroffen. Insbesondere in den neuen Bundesländern sind wenige Fälle von durch Zwangsheirat bedrohten jungen Frauen bekannt. Alle Bundesländer verfügen über ein (teilweise) flächendeckendes Netz von Frauenhäusern, die auch den Betroffenen als Zufluchtsorte offen stehen. Einige Frauenhäuser bieten spezielle Beratung und Unterstützung an. In der Regel sind diese Einrichtungen allerdings nicht auf die spezifischen Bedürfnisse dieser jungen Frauen eingestellt, sondern bieten erwachsenen Frauen Schutz, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sind. Erfahrungen zeigen aber, dass die Betroffenen, insbesondere die jungen Frauen, ein engeres Betreuungskonzept benötigen. Ein Hauptaugenmerk liegt auf dem pädagogischen Bedarf, d.h. die jungen Betroffenen benötigen Hilfen zur Erziehung nach dem SGB VIII (vgl. [www.landesfrauenrat-bw.de](http://www.landesfrauenrat-bw.de); Bericht

über Schutzmaßnahmen und Schutzeinrichtungen in den verschiedenen Bundesländern für von Zwangsheirat bedrohte oder betroffenen Mädchen und junge Frauen -Recherche des Landesfrauenrats Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Schutzeinrichtung ROSA, Evangelische Gesellschaft e.V.; aufgerufen 16.11.2006, 02.23Uhr). Da Männer einer Zwangsehe in den meisten Fällen nicht von häuslicher Gewalt betroffen sind, wird in der öffentlichen Diskussion das Thema für männliche Betroffene wahrgenommen.

### **II.2.1.Schwierigkeiten bei der Hilfestellung**

Viele Betroffenen wehren sich gegen eine Zwangsheirat nicht oder erst nach Jahren, weil sie Angst vor physischer und psychischer Gewalt in den Familien haben. Auch unsicherer Aufenthaltsstatus, fehlende Sprachkenntnisse, Unkenntnis geltenden Rechts oder mangelndes eigenes Einkommen tragen häufig dazu bei, dass Betroffene nicht in die Öffentlichkeit treten, um Schutz oder Hilfe einzufordern (vgl. Berliner AK gegen Zwangsverheiratung, 2008). Damit die Betroffenen von ihrer Zwangsehe sprechen, müssen einige Bedingungen erfüllt sein. Sie müssen meiner Ansicht nach Vertrauen erleben können, sich zu öffnen und beraten zu lassen, so dass sie keine Angst vor Verurteilung haben müssen (z.B. die Familienehre in den Schmutz ziehen). Ein solches Vertrauensverhältnis gelingt nur mit interkultureller Kompetenz, Empathie und Sensibilität. Durch Zwangsheirat werden die Menschenrechte, dies betrifft oft Menschen mit Migrationshintergrund verletzt. Diese Menschen benötigen Unterstützung und sie müssen gestärkt werden, so dass sie ihre Autonomie erhalten können, ohne ihre eigenen kulturellen und familiären Wurzeln zu verlieren(vgl. <http://www.frauenrechte.de/tdf/index.php>; TERRE DES FEMMES e.V.; aufgerufen 02.01.2010, 14.55Uhr). Es fehlen meines Erachtens allgemein zum Thema Zwangsheirat Studien sowie eine repräsentative Statistik, insbesondere aber Studien und Statistik über männlichen Betroffenen. Es gibt mangelnde Informationen über Hilfsangebote, insbesondere für die männliche Betroffene.

„Um das Ausmaß der Praxis „Zwangsheirat“ einschätzen zu können und um zu wissen, welche Hilfs-, Unterbringungs- und Beratungsmöglichkeiten vorhanden sind, wäre eine Bestandsaufnahme dringend erforderlich“(Stellungnahme zur Anhörung zum Thema Zwangsheirat, Berlin 2006: [http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse/a13/anhoeerungen/anhoeerung01/Stellungnahmen\\_13\\_Sitzung/Jae-Soon\\_Joo-Schauen\\_agisra\\_K\\_In\\_e\\_V\\_.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse/a13/anhoeerungen/anhoeerung01/Stellungnahmen_13_Sitzung/Jae-Soon_Joo-Schauen_agisra_K_In_e_V_.pdf); aufgerufen 05.01.2010, 21:35Uhr). Dann könnten gegebenenfalls die Probleme effektiv bewältigt werden. Psychosoziale Unterstützung und Beratung für männliche als auch weibliche Opfer, müssen deshalb flächendeckend angeboten werden. Bei der Beratung zum Thema Zwangsheirat ist die Frage: „wie die bedrohten Betroffenen zu einer Entscheidung kommen können“, eine sehr bedeutende Frage. Der Druck von ihrer Familie und Community führt bei Betroffenen zu einem Dilemma. Entweder müssen sie sich verheiraten lassen oder sich von der Familie trennen. Häufig wollen die Betroffenen ihre Familie nicht verlieren. Sie sind mit der Familie eng verbunden und schöpfen viel Kraft aus der gegenseitigen Unterstützung als Angehörige einer „Minderheit“ in der Aufnahmegesellschaft (Zwangsverheiratung in Deutschland; 2007/Seyran Ates; S. 234). Sie wollen jedoch ihr Leben selbst bestimmen, was in den bestehenden familiären Strukturen schwer möglich ist. Es fällt vielen Betroffenen in diesem Fall sehr schwer, eine Entscheidung zu treffen. Unter Umständen versuchen sie aus Verzweiflung Selbstmord zu begehen. Eine fachgerechte Beratung für diese Betroffenen muss dann das Ziel haben, diese zu befähigen, eine eigene Entscheidung zu treffen. Es soll ihnen aus meiner Sicht ermöglichen, u.a. ihre Situation bezüglich der Gefahren gut einzuschätzen. Dazu gehört die Information darüber, mit welchen möglichen Folgen sie bei ihren unterschiedlichen Entscheidungsoptionen konfrontiert werden könnten.

Als eine Schutzmaßnahme ist es manchmal erforderlich, dass die Bedrohten ihre Identität wechseln müssen, diese Regelung gilt aber nur für die Menschen mit Migrationshintergrund, die eingebürgert sind. Dies gelingt aber sehr schwer. Bei Nicht-Eingebürgerten ist es noch schwieriger als bei Eingebürgerten, weil die jeweilige Botschaft des Herkunftslandes dem Identitätswechsel häufig nicht zustimmt. Der Identitätswechsel kann auch

Probleme mit sich bringen, wie zum Beispiel bei einer Frau, die die Ausbildungsstätte, bei der sie sich beworben hatte, über die Notwendigkeit des Namenswechsels informieren musste. Woraufhin im Betrieb Angst vor eventuellen Gewalttaten entstand, und die Zusage zurückgezogen wurde(vgl.

[http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse/a13/anhoerungen/anhoerung01/Stellungnahmen\\_13\\_Sitzung/Jae-Soon\\_Joo-](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse/a13/anhoerungen/anhoerung01/Stellungnahmen_13_Sitzung/Jae-Soon_Joo-Schauen_agisra_K_In_e_V_.pdf)

[Schauen\\_agisra\\_K\\_In\\_e\\_V\\_.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse/a13/anhoerungen/anhoerung01/Stellungnahmen_13_Sitzung/Jae-Soon_Joo-Schauen_agisra_K_In_e_V_.pdf); Stellungnahme zur Anhörung zum Thema Zwangsheirat, Berlin 2006; aufgerufen 05.01.2010, 21:35Uhr). Diese Probleme könnten meiner Überzeugung nach auch einen Mann betreffen, der zwangsverheiratet wurde. Es ist erkennbar, dass es kaum gesicherte Unterstützungs- und Beratungsmöglichkeiten für Zwangsheirat Bedrohten und Betroffenen gibt. In der öffentlichen Debatte wird sich häufig auf die „schuldige“ Familie konzentriert und diskutiert, während man oft die Betroffenen mit ihrer Ratlosigkeit alleine lässt. Es gibt immer noch zu wenige Mädchenhäuser und keine „Männerhäuser“, noch seltener sind Zufluchtsorte für homosexuelle Menschen.

Die Frauenhäuser sind häufig überbelegt. Die Bewohnerinnen sind dort weitgehend selbständig, so dass über Nacht und das Wochenende keine Sozialpädagoginnen im Frauenhaus arbeiten, die jungen Frauen bräuchten aber allerdings eine intensivere Unterstützung. Das Hauptproblem ist meiner Auffassung nach, dass die männlichen Betroffenen bei solchen Situationen bei Freunden, Bekannten unterkommen müssen, wo keine pädagogischen Unterstützungen wie in Frauenhäuser und Zufluchtsorte vorhanden sind. Im Gegensatz zu betroffenen Frauen, die in Frauenhäuser oder Zufluchtsangebote mit anderen Zwangsverheirateten zusammen wohnen, die Möglichkeit haben miteinander über ihre Erlebnisse zu sprechen und Verständnis für ihre Situationen erhalten können, müssen Männer allein mit ihren Sorgen und Ängste klar kommen. Dieser Umstand erschwert praktisch die interkulturelle Sensibilisierung für die Situationen der betroffenen Männer bei einer Zwangsheirat und damit werden die männlichen Betroffenen weiterhin nicht in den öffentlichen Diskussionen vorkommen. Die betroffenen Jungen und Männer benötigen ebenfalls Schutzräume und pädagogische Hilfen wie die weiblichen Betroffenen.

Ein Integrationskurs für Heiratsmigranten/Innen kann nützlich sein. Insbesondere Zwangsverheiratete könnten durch eine Pflichtteilnahme an dem Kurs aus der Isolation geholt werden, soziale Kontakte knüpfen und Informationen über ihre Rechte und Hilfsmöglichkeiten erhalten. Der 660 Stunden - Kurs ist leider viel zu kurz, um die deutsche Gesellschaft und die Sprache kennen zu lernen. Präventions-, Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit sind dringend erforderlich. Es gibt Bedarf an Sensibilisierungsarbeit und Vermittlung von Information bei z. B. Behörden, Schulen, Jugendämtern und Beratungsstellen für Betroffene. Es herrscht auch unter Schüler/Innen Bedarf an Sensibilisierungs- und Präventionsarbeit. In Schulen sollte Jugendlichen die Möglichkeit geboten werden, zu lernen, deutlich „Nein“ zu sagen, Grenzen zu setzen, ihre Wünsche zu formulieren und ihre Rechte auf Selbstbestimmung zu achten. Information über Hilfsmöglichkeiten und Beratung müssen verbreitet werden, so dass die Betroffene oder deren Freund/Innen bei Gefahr Unterstützung beanspruchen können. (vgl. Stellungnahme zur Anhörung zum Thema Zwangsheirat; Berlin 2006; [http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse/a13/anhoeungen/anhoeung01/Stellungnahmen\\_13\\_Sitzung/Jae-Soon\\_Joo-Schauen\\_agisra\\_K\\_In\\_e\\_V\\_.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse/a13/anhoeungen/anhoeung01/Stellungnahmen_13_Sitzung/Jae-Soon_Joo-Schauen_agisra_K_In_e_V_.pdf); aufgerufen 05.01.2010, 15:03Uhr)

Es wird einen bundesweite Opferschutzprogramm für Betroffenen (z.B. Vermittlung von anonymen Zufluchtsstätten, Hilfe bei Anonymisierung, Aufbau einer neuen Identität usw.) befürwortet. Die Erhaltung der Schutzeinrichtungen muss gefordert werden und zusätzliche anonyme Schutzeinrichtungen ausgebaut werden. Da bei Ehrverbrechen meist die Familie(Mutter, Kind oder auch Vater, Kind) bedroht sind, sind spezielle Schutzeinrichtungen notwendig. Diese Betroffenen brauchen eine langfristige und umfassende Betreuung.

Außerdem sind weitere Hilfsangebote für Minderjährige erforderlich. Bisher gibt es nur wenige spezialisierte Einrichtungen in ganz Deutschland, die bedrohte Mädchen sofort aufnehmen können. In allen anderen Einrichtungen sind die Mädchen davon abhängig, dass die entsprechenden Jugendämter diese Maßnahme bewilligen. Häufig wird diese Bewilligung jedoch aufgrund der Volljährigkeit den jungen Frauen verwehrt (Seyran

Ates; S. 234 und vgl. TERRE DES FEMMES e.V.: <http://www.frauenrechte.de/tdf/index.php>; aufgerufen 23.10.2006, 15.27Uhr).

Während es für weibliche Betroffene Angebote gibt, findet man kaum Hilfsangebote für männliche Betroffene, obwohl auch Jungen und junge Männer von Zwangsverheiratung betroffen sind. Ihnen bleibt nur die Möglichkeit zu der Freundin oder allgemein zu Freunden zu flüchten und bei denen unterzukommen. Es gibt in der Gegenwart keine ausreichende Sensibilisierung für die Situationen der männlichen Betroffenen, weil die öffentliche Debatte sich nahezu ausschließlich auf die weibliche Betroffene konzentriert (Seyran Ates; S. 234).

### II.2.2.Kompetenz und Kooperation zwischen Helfer und Behörden/Institution

Es sollte ein entsprechendes Handlungskonzept zur Bekämpfung von Zwangsheirat entwickelt werden, das mit all den Institutionen und Projekten abgestimmt ist, die mit dieser Thematik „Zwangsheirat“ befasst sind (Bundesfraktion/ Bündnis 90/Die Grünen; Dokumentation, 2005: [http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/89/89963.ehrenmorde\\_veranstaltung\\_gsdokumentation.pdf](http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/89/89963.ehrenmorde_veranstaltung_gsdokumentation.pdf); aufgerufen 23.12.09, 16.50Uhr). Die Sensibilisierung der Ausländerbehörde spielt hierbei eine zentrale Rolle, z.B. müssen die Mitarbeiter/Innen angeleitet werden, dass bei begründetem Verdacht auf eine Zwangsverheiratung sie in der Lage sind, den Betroffenen entsprechende Hilfsangebote zu vermitteln bzw. rechtliche Maßnahmen einzuleiten. Wichtig ist aber auch die Kooperation zwischen Frauennetzwerken, Communities, Sportvereine für Männer, Schulen, Jugendämtern und Polizei sowie (migranten und nationalen) Organisationen, die vor Ort Zwangsheirat bekämpfen.

Opferzeug/Innen, aber auch Zeuge/Innen, die gegen potentielle Täter aussagen wollen, können während der laufenden Verfahren mit dem Tode bedroht sein. Bei Einschätzung der Gefährdungslage von der Polizei, in der Regel auf Ebene eines Landeskriminalamts, werden die Personen in ein Zeug/Innenschutzprogramm aufgenommen. Alle notwendigen Behördenvorgänge (Ausländeramt, Einwohnermeldeamt, Jugendamt, ärztliche Gutachten u.ä.) werden von der Polizei geregelt. Sofern es



notwendig sein sollte, lebt die Frau unter einem anderen Namen. Sperrvermerke gegen die Weitergabe gespeicherter Daten der Opferzeugin an Dritte werden eingerichtet ([http:// www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de) Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – Dokumentation 10/2005 Seite 13; aufgerufen 30.12.09, 00.39Uhr). Dies schließt aber nicht aus, dass es Sicherheitslücken während des Strafverfahrens gibt. Schwachstellen ergeben sich immer mal wieder z.B. bei der Weitergabe von Daten zwischen verschiedenen Behörden, bei Krankenkassen, Sozialämtern, sei es durch Personalwechsel oder namentliche Kostenabrechnung für die Unterbringung einer Opferzeugin. Leichtsinniges Verhalten der Opferzeugin selber ist auch nicht auszuschließen (z.B. Kontoabbuchungen oder Telefonat ohne Unterdrückung der Telefonnummer beim Gesprächsteilnehmer). Außerdem sind Opfer einer Zwangsheirat meist auch Zeugen im Strafverfahren und ihre personenbezogenen Daten werden in den Ermittlungsakten in der Regel nicht anonymisiert. Diese Daten können daher über die anwaltliche Akteneinsicht der Verteidigung dem oder der Beschuldigen zur Kenntnis gelangen. Auch der Aufenthaltsort findet durch die handschriftliche Vermerke von Richtern/Richterinnen in Gerichtsakten über Telefonate mit den betreuenden Schutzeinrichtungen namentlich wieder. Solche Beispiele betonen, dass es immer noch am notwendigen sensiblen Umgang mit Daten der Betroffenen mangelt (Regina Kalthegener, S. 222-223). Aber insgesamt ist allen Beteiligten klar: Einen absoluten Schutz gibt es nicht.

Das Leben im Zeug/Innenschutzprogramm ist sehr anstrengend und belastend für die Betroffenen. Von einem Tag auf den anderen wird die Betroffene aus ihrer gewohnten Umgebung heraus genommen. Hinzu kommt die Unsicherheit, wie es weitergehen soll, ob eine Rückkehr zur Familie möglich sein wird, ob ihr verziehen wird. Nicht selten plagen Schuldgefühle und Suizidgedanken. Zur Unterstützung der Opfer kann ihnen für die richterliche Vernehmung und auch während des Strafverfahrens ein anwaltlicher Beistand zugeordnet werden. Je nach Straftat besteht die Möglichkeit der Nebenklage([http:// www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de) Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – Dokumentation 10/2005 Seite 13; aufgerufen 30.12.09, 00.39Uhr).

Es müssen parallel zu Hilfemaßnahmen, Handlungsoptionen entwickelt und umgesetzt werden, die Prävention und Intervention beinhalten. Diese Handlungsoptionen sollen vor allem die Rechtstellung der Betroffenen von Zwangsheirat stärken; die Problemwahrnehmung in der Öffentlichkeit, bei betroffenen Familien, in Schulen, Behörden und Institutionen schärfen; Betroffene, die befürchten zwangsverheiratet zu werden, Freunde oder Angehörige und bereits Zwangsverheiratete über Projekte, soziale Dienste sowie rechtliche Hilfestellung zu informieren sowie Behörden, Einrichtungen, die mit der Problematik der Zwangsheirat konfrontiert werden könnten, über das Phänomen Zwangsheirat aufklären und ihnen Handlungsstrategien aufzeigen. Diese Handlungsoptionen müssen die unterschiedlichen Bedürfnisse der Betroffenen entsprechend aufnehmen. Dazu gehören die persönliche Sicherheit der Betroffenen, die Vertrauenswürdigkeit und Kompetenz der zuständigen Behörden oder Einrichtungen zu stärken. Auch die konkrete Rechtsberatung und Unterstützung sowie das Aufzeigen von realistischen „Auswegen“ sind von Bedeutung. Eine gelungene Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den Communities der Betroffenen hat eine bedeutende Rolle für die Handlungsoptionen (vgl. Bericht der Fachkommission Zwangsheirat der Landesregierung 2006: <http://www.frauenrechte.de/tdf/pdf/Bericht-Fachkommission-Zwangsheirat-BaW-Endfassung-Januar-2006.pdf>; abgerufen 01.01.2010, 01:00Uhr). Diese Zusammenarbeit sollte künftig deshalb fortgesetzt und intensiviert werden. Aber auch die Communities müssen dazu ihren Teil beitragen. Um die Betroffenen besser zu schützen, brauchen wir außerdem mehr Zufluchtstätten für Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere Zufluchtstätten für junge betroffene Männer.

### III. Fazit

In der Bachelorarbeit habe ich stark die ausländerrechtlichen und weiteren gesetzlichen Aspekte des Themas „Zwangsheirat“ fokussiert. Das hängt damit zusammen, dass ich über die Problematik „Zwangsheirat“ Antworten auf meine Fragen in der Einleitung finden möchte. Der Fokus meiner Arbeit war die Problemlage und Hilfe bei einer Zwangsheirat, unter besonderer Berücksichtigung der Männer. Das Problem „Zwangsheirat“ beschränkt sich nicht nur auf den islamischen Kulturkreis, sondern es scheint generell ein Merkmal traditioneller patriarchaler Strukturen zu sein. Ich musste während der Literatur-Recherche feststellen, dass die vorhandenen Studien überwiegend über die Menschen mit Migrationshintergrund aus der Türkei handelten. In den öffentlichen Diskussionen wurden vor allem türkische und arabische Frauen wahrgenommen, dennoch existierte Berichte von Frauen aus Asien, Indien über ihre Zwangseheschließungen. Ich halte es daher für notwendig, eine vergleichbare empirische Studie mit anderen Kulturkreise zu entwickeln. Auch während meiner Recherche nach Literatur, Studien, Angebote usw. für betroffene junge Männer stoße ich erneut auf mangelnde Informationen und fehlende Statistik der Thematik „Zwangsheirat“. Die Studie von Ahmet Toprak (2004) „Das schwache Geschlecht – die türkische Männer“ gibt einen kleinen Ausschnitt über die männlichen Situationen aus patriarchaler Gesellschaft, aber an genaue Zahlen der betroffenen jungen Männer mangelt es.

Meine erste These, dass auch Männer von einer Zwangsverheiratung betroffen sind, wurde sowohl in der Literatur (Toprak 2004, „Das schwache Geschlecht – die türkische Männer“) als auch in der Praxis (verschiedenen Vereine, u.a. auch Terre des Femmes e.V.) bestätigt. Die Tatsache, dass die betroffenen jungen Männer kaum in den öffentlichen Diskussionen vorkommen, habe ich in meiner Arbeit gründlich untersucht mit dem Ergebnis: Die betroffenen Männer wurde durch die häusliche Gewaltanwendung zu einem Feindbild und es führt dazu, dass die Öffentlichkeit mehr Schutzzräume für Frauen fördert sowie ausbaut und

betroffene Männer außer Acht lässt, weil Männer hier allgemein als Gewalttäter angesehen werden. Es müsste aber noch mehrere Gründe geben, warum die junge männliche Betroffene in den Hintergrund gedrängt wurde. Die Problematik der betroffenen Männer kann aufgrund der fehlenden, mangelnden Untersuchungen und ungenaue Statistik nicht hier weiter ausgeführt werden.

Ich bin fest überzeugt, dass es keine absolute Sicherheit für die Betroffene gibt und meine Überzeugung wurde durch die Auseinandersetzung mit dieser Thematik im Rahmen meiner Arbeit bestätigt. Als Ergebnis kann man festhalten, dass es aktuell mehr Angebote und Schutzräume für weiblichen Betroffenen einer Zwangsehe als für männlichen Betroffenen existieren. Die letzte Frage, die ich untersucht habe, war ob die aktuellen rechtlichen Situationen die Hilfsmaßnahmen bei einer Zwangsverheiratung erschweren? Da ich in meiner Arbeit oben schon sehr ausführlich diese Frage beantwortete, sollte es hier nur noch vermerken, dass es generell einer Gesetzreform bedarf.

Mit der Ergebnisse meiner Arbeit möchte ich für die Situation der männlichen Betroffenen bei einer Zwangsheirat sensibilisieren und das Interesse der Öffentlichkeit für weitere Projekte sowie Hilfsangebote, insbesondere für junge Männer wecken. Eine entsprechende umfassende Studie über betroffene Männer, ist meiner Überzeugung nach, nach meiner Ergebnisse mehr als notwendig. Außerdem sollen diese Ergebnisse auf den Reformbedarf sowie Schwachstelle wie, z.B. Grenzen der Anwendbarkeit polizeilichen und zivilrechtlichen Gewaltschutzes, aufweisen. Genauso wichtig sind diese Ergebnisse für die Förderung einer besseren Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Ausländerbehörden und den Hilfseinrichtungen. Die Notwendigkeit eines interkulturellen Ansatzes sowie einer interinstitutioneller Kooperation soll mit der interkulturellen Sensibilität z.B, durch Kenntnis der patriarchalen Traditionen, gefördert werden. Grundsätzlich sind bei einem interkulturellen Ansatz die Haltung wie Empathie, genaues Zuhören sowie auch Nachfragen sehr wichtig.

Wie sollte in weiteren Arbeiten an diese Thematik ausgeführt werden. Es wäre notwendig, dass die Situation der betroffenen Männer bei einer Zwangsheirat genauer untersucht wird. Anschließend müsste eine Studie

der Frau – Mann - Gegenüberstellung mit den drastischen Folgen einer Zwangsverheiratung befasst werden.

Wie bereits in meiner Arbeit erörtert wurde, dass sexuelle Ausbeutung und häusliche Gewalt bei Zwangsverheirateten an der Tagesordnung sind. Dazu kommt auch, dass ungewollte Kinder zwangsläufig als die schlimmsten Folgen einer Zwangsehe betrachtet werden können und da nicht selten die Kinder Folgen einer Vergewaltigung sind. Daher ist es durchaus möglich, dass die Eltern ihre Frustration auf ihre Kinder übertragen. Ich finde sehr interessant zu wissen, wie die Folgen einer Zwangsheirat sich auf die Kinder und deren Erziehung auswirken. Eine empirische Studie über die Bindung zwischen Eltern und Kind (Mutter-Kind-Verhältnis sowie Vater-Kind-Verhältnis) wäre sicherlich sehr interessant für die Sozialarbeit, insbesondere für die interkulturelle Arbeit.

### **Literaturverzeichnis:**

0. Ahmet Toprak (2004) „Das Schwache Geschlecht – die türkische Männer“
1. AG Schulaktionen gegen Gewalt des Berliner AG gegen Zwangsverheiratung und dem Aktionsbündnis gegen häusliche Gewalt des Bezirksamtes Friedrichshain – Kreuzberg, 2008.
2. Agha Tahereh, Leah C. Czollek, Silke Gahleitner, Mathilde Haubricht, Ingrid Neunhöffer, Heike Radvan, Carmen Weber, Heike Weinbach (Hg.); Berlin 2002 „Frauen in Gewaltverhältnissen“; Dokumentation des Hochschultages vom 31.10.2001 an der Alice-Salomon – Fachhochschule.
3. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Forschungsreihe Band 1; „Zwangsverheiratung in Deutschland“, Nomos Verlag, 2007:
  - Ahmet Toprak „Geschlechterrollen und Geschlechtererziehung in traditionellen türkischen Familien. Verheiratung des Mannes als Disziplinarmaßnahme (S. 171 f.)
  - Anne Thiemann „Zwangsverheiratung im Kontext gleichgeschlechtlicher Lebensweisen. Erfahrungen aus der Beratungsarbeit“ (S. 187 f.)
  - Manuela Westphal „Geschlechterstereotype und Migration“ (S. 131f.)
  - Heiner Bielefeldt und Petra Follmar-Otto „Zwangsverheiratung – Ein Menschenrechtsthema in der innenpolitischen Kontroverse (S.13 f.)
  - Regina Kalthegener „Strafrechtliche Ahndung der Zwangsverheiratung: Rechtslage – Praxiserfahrungen – Reformdiskussion“ (S.215 f.)
  - Reiner Strobl und Olaf Lobermeier „Zwangsverheiratung: Risikofaktoren und Ansatzpunkte zur Intervention (S. 27 f.)
  - Seyran Ates „Trennung, Scheidung und (Rechts-)Folgen. Problemstellung bei der Bekämpfung von Zwangsverheiratung“ (S. 229 f.)

### Internet-Verzeichnis:

1. [http://www.bebis.de/themen/hauptschule/jugsoz/FT\\_SFBB\\_LISUM\\_nov07\\_doku.pdf](http://www.bebis.de/themen/hauptschule/jugsoz/FT_SFBB_LISUM_nov07_doku.pdf) : Internetseite von Bundesserver Berlin Brandenburg
2. [http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse/a13/anhoerungen/anhoerung01/Stellungnahmen\\_13\\_Sitzung/Jae-Soon\\_Joo-Schauen\\_agisra\\_K\\_In\\_e\\_V.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse/a13/anhoerungen/anhoerung01/Stellungnahmen_13_Sitzung/Jae-Soon_Joo-Schauen_agisra_K_In_e_V.pdf) : Stellungnahme zur Anhörung zum Thema Zwangsheirat wirksam bekämpfen - Opfer stärken und schützen, Berlin. 19. Juni 2006 Jae-Soon Joo-Schauen; Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
3. [http://www.ehrverbrechen.de/1/index.php?option=com\\_content&view=article&id=149&Itemid=112/](http://www.ehrverbrechen.de/1/index.php?option=com_content&view=article&id=149&Itemid=112/) → Menschenrechte für die Frau e.V.
4. <http://www.frauenrechte.de/tdf/index.php> : Terre des Femmes e.V.
5. <http://www.frauenrechte.de/tdf/pdf/Bericht-Fachkommission-Zwangsheirat-BaW-Endfassung-Januar-2006.pdf> : Terre des Femmes e.V.
6. [http://www.hatunundcan-ev.com/index.php?option=com\\_content&task=view&id=42&Itemid=2](http://www.hatunundcan-ev.com/index.php?option=com_content&task=view&id=42&Itemid=2) : Hatun und Can e.V.; Gemeinütziger Verein, Frauennothilfe.
7. <http://www.hannover.de/data/download/z/dokuzwangsheirat.pdf> : Fachkonferenz, 2005, Dokumentation „Zwangsheirat – Häusliche Gewalt – Ehrenmord“; Bianca Wenzel, Seyran Ates, Regina Kalthegener
8. [http://www.gesetze-im-internet.de/stgb/\\_240.html](http://www.gesetze-im-internet.de/stgb/_240.html)
9. [http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/89/89963.ehrenmorde\\_veranstaltung\\_gsdokumentation.pdf](http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/89/89963.ehrenmorde_veranstaltung_gsdokumentation.pdf) : Dokumentation des öffentlichen Fachgesprächs von 2005 im Jakob – Kaiser – Haus des Deutschen Bundestages; Bündnis 90/Die Grünen/ Bundesfraktion)
10. [www.landesfrauenrat-bw.de](http://www.landesfrauenrat-bw.de): Bericht über Schutzmaßnahmen und Schutzeinrichtungen in den verschiedenen Bundesländern für von Zwangsheirat bedrohte oder betroffenen Mädchen und junge Frauen - Recherche des Landesfrauenrats Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Schutzeinrichtung ROSA, Evangelische Gesellschaft e.V.
11. <http://www.verfassungen.eu/tr/tuerkei82.htm>
12. [www.zwangsheirat.ch](http://www.zwangsheirat.ch)

13. [http://www.zwangsheirat-nrw.de/pages/fach\\_dt.html](http://www.zwangsheirat-nrw.de/pages/fach_dt.html): Mädchenhaus Bielefeld e.V.

**Anhänge:**

Anhang I: Heirat als familiärer Konflikt nach Olaf Lobermeier und Rainer Strobl, 2007 „Zwangsheirat in Deutschland

Anhang II: Straßburger 2003: Idealtypischer Phasenablauf einer arrangierten Ehe

Anhang III: Die berufliche Situation der Eltern aus der Untersuchung von Papatya e.V. (1986 -2006)/ Kriseneinrichtung aus Berlin.



## Erklärung

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Bearbeitungsort, Datum

Roßwein/ Berlin,

den 18.Januar.2010

Unterschrift

Tran Thanh Thuy